:antifaschistische nachrichten

Nr. 14

g 3336 10.7.2014 30. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Kommunale Kooperationen

NRW/Brandenburg. Im Kreistag von Gütersloh haben die Vertreter der sog. „Alternative für Deutschland“ (AfD) und der FDP eine „Liberale Fraktion“ gebildet. Es gäbe zwischen den jeweils zwei Kreistagsmitgliedern der FDP und der AfD genügend kommunal-politische Übereinstimmungen, heißt es von Seiten der AfD. Unterdessen hat sich im niederrheinischen Krefeld eine gemeinsame Fraktion der beiden AfD-Stadträte mit dem Vertreter der UWG gebildet. Im brandenburgischen Elbe-Elster-Kreis nahm die 18köpfige CDU-Fraktion den einzigen gewählten AfD-Vertreter in ihre Reihen als Gastmitglied auf. Unter den Mitgliedern dieser Fraktion befinden sich auch prominente CDU-Landespolitiker.

hma ■

„zwischentag“ in Düsseldorf

Düsseldorf. Nachdem die Veranstalter des „zwischentag“ beschlossen hatten, diese als Vernetzungstreffen der extremen Rechten geltende Veranstaltung künftig an wechselnden Orten stattfinden zu lassen, wird der nächste „zwischentag“ am Samstag, den 6. September 2014, in Düsseldorf stattfinden. Die vom Chefredakteur der „Blauen Narzisse“, Felix Menzel, organisierte „Freie Messe“ soll von 11 bis 17 Uhr in einem „sehr guten Hotel im Zentrum von Düsseldorf“ stattfinden, „das vom Hauptbahnhof aus einfach zu erreichen ist“. Es seien 400 Messekarten verfügbar. Über 20 Aussteller aus vier europäischen Ländern, darunter Akteure der rassistischen Internetseite „PI-News“, der „Identitären Bewegung“ und des „Antaios-Verlag“, haben sich bereits angemeldet, melden die Organisatoren. Ein halbes Dutzend davon sind neue Aussteller. Zu den Referenten auf dieser Veranstaltung gehört u.a. der Deutschbelgier David Engels. Der Professor für Römische Geschichte hatte 2013 in Frankreich das Buch „Auf dem Weg ins Imperium. Die Krise der Europäischen Union und der Untergang der römischen Republik” veröffentlicht. *hma* ■

Aus dem Inhalt:

Das offene Europa und seine Feinde

Von Thilo Janssen, 4. Juli 2014

NATIONALISMUS
IST KEINE ALTERNATIVE!
GRENZENLOSE SOLIDARITÄT
STATT TROIKA UND
RECHTSPOPULISMUS!

Als sich am 1. Juli 2014 in Straßburg das 8. Europäische Parlament (EP) konstituierte, wollte der 91-jährige antifaschistische Widerstandskämpfer Manolis Glezos eigentlich die Eröffnungsrede halten. In einer Nacht im Mai 1941 hatte der Grieche die Hakenkreuzfahne der deutschen Besatzer von der Akropolis entfernt, im Mai 2014 ist er auf der Liste der linken SYRIZA ins EP gewählt worden. Einem antifaschistischen Volkshelden aus Griechenland das erste Wort zu geben, hätte ein schönes Signal sein können: Gegen den wiedererstarkenden Nationalismus, gegen die zerstörerische Krisen-Politik, gegen deutsche Dominanz in der EU. Der Grund dafür, dass Glezos seine Rede nicht halten konnte, liegt fünf Jahre zurück. Bis zur Europawahl 2009 war es üblich, dass der älteste Abgeordnete der neu gewählten EU-Volksvertretung mit einer Rede die Legislaturperiode eröffnet. Nach der Wahl 2009 hieß das älteste Mitglied des EP jedoch Jean-Marie Le Pen, langjähriger Vorsitzender des Front National in Frankreich. Um zu verhindern, dass dem Rechtsradikalen die Ehre zuteilwird, wurde schnell die Geschäftsordnung geändert. Aufgrund dieser Änderung blieb es nun ausgerechnet dem Antifaschisten Glezos verwehrt, zur Konstituierung des EP 2014 die einleitenden Worte zu sprechen.

Drei Staaten für die radikale Rechte: Frankreich, Großbritannien, Dänemark

Dabei wäre es geboten gewesen, dem frisch gewählten EP einen antifaschistischen Leitsatz mit auf den Weg zu geben. In drei Mitgliedsstaaten der EU sind bei der diesjährigen Europawahl rechtsradikale oder rechtspopulistische Parteien stärkste Kraft geworden: Die selbsternannte Unabhängigkeitspartei UKIP erreichte in Großbritannien 26,77 Prozent und 24 (+10) Mandate, die Dansk Folkeparti in Dänemark 26,60 Prozent und 4 (+2) Mandate; der größte Sprung jedoch gelang der radikalen Rechten in Frankreich. Nach der Europawahl 2009 saß Jean-Marie Le Pen nur mit einer kleinen Delegation dreier Abgeordneter im EP, darunter seine Tochter Marine Le Pen. Diese übernahm 2011 den Parteivorsitz von ihrem Vater, modernisierte unter dem Stichwort „Dédiabolisation“ (Entdämonisierung) die öffentliche Erscheinung der Partei und führte den Front National zum Wahlsieg bei der Europawahl 2014 in Frankreich. Mit knapp 24,95 Prozent der Stimmen kommt der Front National jetzt auf 24 (+21) Mandate. Insgesamt stellen die Parteien, die sich selbst rechts von der konservativen Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) einordnen, nun 176 von insgesamt 751 Abgeordne-

Fortsetzung Seite 3

„Konservativer Aufbruch“ gegründet

Bayern. Mit der Politik Horst Seehofers unzufriedene CSU-Mitglieder haben die Gruppe „Konservativer Aufbruch. CSU-Basisbewegung für Werte und Freiheit“ gegründet. In ihrem Gründungsmanifest fordern die Akteure der Gruppe um den Politikwissenschaftler David Bendels eine Rückbesinnung der CSU auf christliche Grundwerte in Fragen des Lebensrechts und der Familie und treten für „zeitlos konservative Tugenden“ ein. Die Gruppe tritt für eine konsequentere Verbrechensbekämpfung ein und lehnt sowohl eine ungesteuerte Zuwanderung nach Deutschland wie auch eine doppelte Staatsbürgerschaft ab. Kontakte unterhält die Gruppe, die zu Beginn schon über knapp 700 Facebook-Anhänger verfügte, auch zur „Aktion Linkstrend stoppen“, die von CDU-Mitgliedern initiiert worden war.

hma ■

682 rechts motivierte Straftaten im Regierungsbezirk Köln im Jahr 2013

3085 Straftaten der Kategorie „politisch motivierte Kriminalität – Rechts“ zählt das Innenministerium für Inneres und Kommunales des Landes NRW für das Jahr 2013. Dies geht aus der Antwort des Ministeriums auf eine Anfrage der Grünen hervor. Damit ist die Anzahl im Vergleich zum Vorjahr nochmal angestiegen – 2012 wurden 3024 entsprechende Straftaten gezählt. In beiden Jahren waren 192 Gewaltdelikte darunter. In einer Pressemitteilung der Grünen heißt es, beide Jahre wiesen „damit einen Höchststand von rechter Gewalt in NRW seit 1994“ auf.

In dieser Statistik enthalten sind jedoch nur die Fälle, die angezeigt wurden bzw. in denen die Polizei Ermittlungen aufgenommen hat und die auch tatsächlich als „rechts motiviert“ eingestuft wurden.

Den größten Anteil an Gewalttaten machen mit 164 Fällen die Körperverletzungsdelikte aus, weiterhin wurden 19 Widerstandshandlungen, drei Branddelikte, je zweimal Landfriedensbruch und Raub sowie eine Erpressung und eine Freiheitsberaubung gezählt. Unter den sonstigen Straftaten werden 1989 Verstöße gegen §86 und §86a StGB – also Straftaten im Zusammenhang mit Propaganda und Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen –, 451 Fälle von Volksverhetzung, 206 Beleidigungen, 156 Sachbeschädigungen, 41 Fälle von Bedrohung/ Nötigung, 15 Verstöße gegen das Versammlungsgesetz, eine Störung des öffentlichen Friedens sowie 34 „sonstige Straftaten“ aufgeführt.

Von den 3085 registrierten Straftaten stammen 682 aus dem Regierungsbezirk Köln, 133 davon aus der Stadt Köln. Aus Bonn wurden 48 Straftaten gemeldet, aus Aachen 73, aus Leverkusen acht. Unter den Kreisen weist der Kreis Heinsberg mit 78 die höchste Zahl der Straftaten auf. Hier stechen Hückelhoven mit 21 und Heinsberg mit 19 Straftaten besonders hervor. An zweiter Stelle liegt der Rhein-Sieg-Kreis mit 77 Straftaten, es folgen die Städteregion Aachen mit 69 – davon 20 aus Stolberg und 15 aus Eschweiler – und der Kreis Düren mit 68 gelisteten Straftaten. Für den Rhein-Erft-Kreis werden 50 Straftaten aufgeführt, für den Kreis Euskirchen 37 sowie 23 für den Oberbergischen und 18 für den Rheinisch-Bergischen Kreis.

Nach Themenfeldern aufgeschlüsselt werden die meisten Straftaten in NRW dem Bereich Nationalsozialismus/ Sozialdarwinismus zugerechnet. Von diesen 2243 Fällen entfallen 2208 auf das Unterthema Verherrlichung/ Propaganda. Den zweiten großen Bereich bildet die „Hasskriminalität“. Von diesen 1018 Delikten waren laut Auflistung 815 fremdenfeindlich motiviert, 221 antisemitisch und 129 rassistisch.

71 Personen wurden 2013 wegen rechts motivierter Straftaten festgenommen, sechs davon waren weiblich. Weiterhin seien 3915 Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, es habe 428 Verurteilungen gegeben, 2951 Verfahren seien eingestellt worden.

Neben den rechts motivierten Straftaten waren auch solche mit antisemitischem Hintergrund Teil der Anfrage. Hier werden insgesamt 237 Straftaten aufgeführt, darunter 13 Gewalttaten. Für Köln wurde mit 19 Fällen die höchste Anzahl an einem Ort in NRW gezählt. Hier handelt es sich um eine Sachbeschädigung, zwei Körperverletzungsdelikte, drei Beleidigungen, sechs Verstöße gegen §§ 86 und 86a StGB sowie sieben Volksverhetzungsdelikte.

Quelle: http://www.mbr-koeln.de/2014/06/17/682-rechts-motivierte-straftaten-im-regierungsbezirk-koeln-im-jahr-2013/ ■

Allianz gegen Rechtsextremismus

Franken/Oberpfalz: Was haben der 1. FC Nürnberg, der DGB Region Mittelfranken und der Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder gemeinsam? Ganz einfach: Sie gehören zu einer großen Gruppe von Organisationen und Verbänden, die sich in der Region Franken/ Oberpfalz zur „Allianz gegen Rechtsextremismus“ zusammengeschlossen haben.

Dieses Bündnis hat jetzt ein neues Handlungsprogramm veröffentlicht, das nicht nur moralische Begründungen für den Widerstand gegen Rechtsextremismus liefert, sondern auch viele konkrete Handlungsempfehlungen auf insgesamt zwölf Feldern gibt. Das sind ganz unterschiedliche Bereiche, darunter Öffentlichkeit, außerschulische Bildung, Versammlungsrecht, Immobilien.

Ein zentrales Handlungsfeld ist Kooperation. Hier sollten Runde Tische zum Thema organisiert werden, an denen alle gesellschaftlich relevanten Kräfte beteiligt sind, darunter die Gewerkschaften. Solche Runden Tische müssen die Arbeit auf kommunaler Ebene koordinieren und das Thema Rechtsextremismus stetig in den öffentlichen Diskurs einbringen.

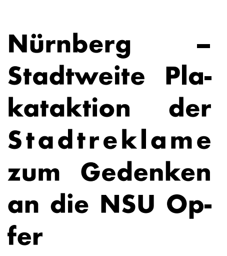
Die Gewerkschaften sind auch im Handlungsfeld Wirtschaft gefordert. Hier schlägt das Handlungsprogramm zum Beispiel Weiterbildungsmaßnahmen zum Thema Recht in den Betrieben vor, an denen Betriebsräte und Gewerkschaften beteiligt sind.

Die Kooperation von Gebietskörperschaften und Zivilgesellschaft auf Augenhöhe – so Siegfried Balleis, Oberbürgermeister von Erlangen und Ratsvorsitzender der Metropolregion Nürnberg – sei in dieser Form einzigartig. Das heißt sicherlich auch, dass andere Regionen davon lernen können.

Das Handlungsprogramm steht im Internet unter: www.allianz-gegen-rechtsextremismus.de

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt Juni 2014“ 16.06.2014 ■




Nürnberg – Stadtweite Plakataktion der Stadtreklame zum Gedenken an die NSU Opfer

Fortsetzung von Seite 1

ten. Dies entspricht einem Anteil von 22,76 Prozent, also fast einem Viertel der Sitze. Parteien wie die Fidesz aus Ungarn oder Berlusconis Forza Italia sind hier als Mitglieder der EVP-Fraktion nicht mitgezählt. Die hohe Anzahl der rechten Abgeordneten entstand vor allem durch Wahlerfolge in einwohnerreichen Mitgliedsstaaten wie Frankreich und Großbritannien. Aber auch Polen (PiS: 31,78 Prozent / 19 Mandate), Italien (Movimento 5 Stelle: 21,15 Prozent / 17 Mandate) und Deutschland (AfD: 7,00 Prozent / 7 Mandate) müssen dazugezählt werden. Dazu kommen neu in das EP gewählte Parteien wie die Schwedendemokraten (9,70 Prozent / 2 Mandate), die griechische Chrysi Avgi (9,38 Prozent / 3 Mandate) oder der polnische Kongres Nowej Prawicy (7,15 Prozent / 4 Mandate). Doch es gibt im Lager der politischen Rechten auch Wahlverlierer. Den Wiedereinzug ins EP verpasst haben etwa die bulgarische Ataka, die Großrumänienpartei, die griechische La.O.S, die British National Party oder die slowakischen Nationalisten von der Slovenská národná strana.

Who's the king? Streit um die Führung im rechten Lager

Europas Rechte wollen die Auflösung oder Renationalisierung der EU, geschlossene Grenzen und weniger Einwanderung. Wie schlagkräftig sie diese Ziele verfolgen können, hängt nicht nur von zahlenmäßiger Stärke, sondern vor allem von ihrer Organisationsfähigkeit ab. Denn es handelt sich bei der politischen Rechten in der EU nicht um einen einheitlichen, in sich geschlossen Block. Derzeit kann das Spektrum rechts von der konservativen EVP in vier Fraktionen und Gruppierungen aufgeteilt werden: Die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR) wird seit der letzten Legislaturperiode von den britischen Conservatives (Tories) angeführt. Die Fraktion Europa der Freiheit und Demokratie (EFD), die im Juni 2014 das Wort Demokratie in ihren Namen durch das Adjektiv „direkte" ergänzt hat (EFDD), wird von Nigel Farages UKIP dominiert. Das bisher fraktionslose Spektrum der radikalen Rechten hat seit 2009 versucht, mit der Gründung offizieller und damit EU-finanzierter Europaparteien Strukturen für spätere Fraktionsgründungen aufzubauen: Die wichtigsten sind Marine Le Pens Europäische Allianz für Freiheit (EAF – Front National, FPÖ, Vlaams Belang, Lega Nord, Slovenská národná strana u.a.), der sich kurz vor den Europawahlen Geert Wilders Partij voor de Vrijheid anschloss. Daneben gibt es die Neonazis von der Allianz der Europäischen Nationalen Bewegungen (AENM – British National Party, Jobbik, Teile des Front National u.a.), die von dem radikalen parteiinternen Widersacher von Marine Le Pen, Bruno Gollnisch, geführt werden.[i] Zwischen diesen vier Fraktionen und Gruppierungen finden harte Auseinandersetzungen um Führungsansprüche und Bündnispartner statt, also um den Zugriff auf Finanzmittel, Einfluss und Macht. Die Kooperation zwischen rechten Parteien im EP, die sich mehr oder weniger der Abschaffung eben dieser politischen Institution verschrieben haben, ist dabei stets fragil. Ein wesentliches Hindernis ist das Phänomen, das man den Extremismus der Anderen nennen kann: Wenn eine radikale rechte Partei A versucht, in ihrem Herkunftsstaat zu Gunsten des Wahlerfolgs seriös zu erscheinen und sich deshalb mit offenem Rassismus oder Antisemitismus zurückhält, werden entsprechende Ausfälle eines europäischen Verbündeten B von politischen Gegnern und den Medien zuhause genutzt, um zu zeigen, dass es sich bei A eben doch um eine Partei außerhalb des demokratisch akzeptablen Spektrums handelt.

Le Pens und Wilders Europäische Allianz für Freiheit (EAF) und der Extremismus der Anderen

Nicht zuletzt an diesem Problem ist der wohl spektakulärste Versuch, sich an die Spitze der rechten Anti-EU-Parteien zu stellen, vorerst gescheitert. Denn trotz der Stärke des Front National in Frankreich ist es Marine Le Pen nicht gelungen, die im November 2013 gemeinsam mit Geert Wilders auf einer Pressekonferenz in Den Haag großspurig angekündigte neue rechtsradikale EAF-Fraktion zu gründen. Im EP werden für eine Fraktion 25 Abgeordnete aus sieben Mitgliedsstaaten benötigt. Die Anzahl der Abgeordneten war nicht das Problem. Wilders und Le Pen gelang es jedoch nicht, nach der Europawahl genügend Partner für ihre Fraktion zu gewinnen. Nur die FPÖ, die mit knapp 19,72 Prozent die Anzahl ihrer Abgeordneten auf vier verdoppeln konnte sowie Vlaams Belang (4,14 Prozent) aus Belgien und die italienische Lega Nord (6,15 Prozent), die mit einem bzw. vier Abgeordneten jeweils die Hälfte ihrer Mandate eingebüßt haben, standen parat. Beppe Grillo hatte Le Pen bereits vor der Wahl freundlich aber bestimmt abgesagt; UKIPs Nigel Farage verneinte mit der Begründung, der Antisemitismus sei im FN „zutiefst eingebettet" („deeply embedded"), was ein Zusammengehen jetzt und in Zukunft ausschließe. Nicht ins EP geschafft hat es ein weiterer potentieller Partner, die slowakische Slovenská národná strana. Sie verpasste mit nur 3,6 Prozent den Wiedereinzug. Le Pen hätte daraufhin gerne die neue polnische Partei Kongres Nowej Prawicy in das Bündnis geholt. Die Partei von Janusz Korwin-Mikke gewann mit sieben Prozent erstmals vier Sitze im EP. Korwin-Mikke will Frauen das Wahlrecht entziehen und behauptete in einem Interview, Hitler habe wahrscheinlich vom Holocaust nichts gewusst. Wilders, der zwar gegen Muslime und osteuropäische Einwanderer wettert, Antisemitismus jedoch ablehnt, verweigerte aus diesem Grund die Zusammenarbeit mit dem Kongres Nowej Prawicy. Dann stiegen auch noch die Schwedendemokraten aus dem Projekt aus, obwohl deren Jugendverband noch im April 2014 eine europäische Jugendorganisation mit der Jugend von Front National, FPÖ und Vlaams Belang gegründet hatte (mit dem schillernden Akronym YEAH, was für Junge Europäische Allianz für Hoffnung steht). Grund für den Rückzug der Schwedendemokraten waren öffentliche Ausfälle, die sich der damalige Spitzenkandidat der FPÖ, Andreas Mölzer, geleistet hatte. In einem Fall sagte dieser, das Dritte Reich sei im Vergleich zur „Reglementierungsdynamik" der EU „wahrscheinlich formlos und liberal" gewesen, in einem anderen sprach er in Bezug auf die EU von einem „Negerkonglomerat". Dies kostete Mölzer die FPÖ-Spitzenkandidatur und bewegte die Schwedendemokraten dazu, das Bündnis zu verlassen – das Risiko negativer Publicity vor den schwedischen Parlamentswahlen im September 2014 war zu groß geworden.

Am Ende war es dem niederländischen Rechtspopulisten Wilders vielleicht ganz recht, dass die EAF-Fraktion vorerst scheiterte. Denn statt wie angestrebt die Europawahl in den Niederlanden zu gewinnen, hat seine Partij voor de Vrijheid mit nur 13,32 Prozent vier Prozentpunkte und einen Sitz eingebüßt. Sie kann nur noch vier Abgeordnete ins EP entsenden. Wäre die EAF-Fraktion zustande gekommen, wäre das personelle Übergewicht des Front National überwältigend gewesen. Zudem hat der Skandal um Jean-Marie Le Pens Drohung, er wolle aus dem jüdischen Sänger Patrick Bruel eine „Ofenladung" machen, in der niederländischen Öffentlichkeit den Eindruck bestätigt, Wilders mache im EP mit Antisemiten gemeinsame Sache. Somit gab Wilders den Plan schließlich doch auf, ein Doppelmandat zu belegen und sowohl Abgeordneter der niederländischen Tweede Kamer als auch des EP zu sein. Marine Le Pen dagegen stand in der ersten Plenarsitzung die Wut ins Gesicht geschrieben, als ihr Konkurrent Nigel Farage als Vorsitzender der rechtspopulistischen EFDD-Fraktion in gewohnter Manier den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU ankündigte, während Le Pen ohne Fraktion und Vorsitz auf der Hinterbank saß. Denn Farage war kurz vor der Deadline zur Fraktionsgründung, am 23. Juni um Mitternacht, noch ein kleiner Coup gegen Le Pen gelungen.

Farages Joker: Die neue Fraktion Europa der Freiheit und Direkten Demokratie (EFDD)

Lange hatte es so ausgesehen, als würden Le Pen und Wilders dem bisherigen Führer der europäischen Rechtspopulisten, Farage mit seiner EP-Fraktion Europa der Freiheit und Demokratie (EFD), den Rang ablaufen. Denn diese war auseinander gebrochen: Die Lega Nord hatte sich der EAF angeschlossen, die Wahren Finnen und die Dansk Folkeparti waren der EKR um Tories, PiS und AfD beigetreten. Im letzten Moment gelang es Farage dann aber doch, seine neue EFDD-Fraktion mit 48 Mitgliedern zu präsentieren. Zuerst hatte Beppe Grillos Movimento 5 Stelle in einer Online-Abstimmung, an der 29 584 Mitglieder teilnahmen, mit 78,1 Prozent für eine Fraktionsgemeinschaft mit der UKIP und gegen die Mitgliedschaft in der EKR gestimmt. Auch für die EFDD war somit nicht die Zahl der Abgeordneten das Problem, sondern die Anzahl der nationalen Delegationen – sieben mussten es schließlich sein. Als nächstes gelang es, die litauische Partei Recht und Ordnung, die bereits 2009 bis 2014 der EFD angehört hatte, erneut für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Dann schlossen sich die tschechische Svobodní, das lettische Bündnis der Grünen und Bauern und die aus der EAF ausgetretene Schwedendemokraten dem Bündnis an. Damit waren es sechs, ein weiterer Partner fehlte. Unterdessen hatte sich die Front-National-Abgeordnete Joelle Bergeron von ihrer Partei getrennt. Sie hatte gefordert, Ausländern, die in Frankreich arbeiten und Steuern zahlen, das Stimmrecht bei Kommunalwahlen zu gewähren. Le Pen soll Bergeron daraufhin aufgefordert haben, ihr Mandat abzugeben. Die trat jedoch aus dem Front National aus und als parteilose Abgeordnete der EFDD bei. Damit konnte Farage gerade noch rechtzeitig eine regelkonforme Fraktion anmelden. In einem ersten Statement sprachen sich die neugewählten Co-Fraktionschefs Farage und David Borelli vom Movimento 5 Stelle gegen die Währungsunion, gegen den „grenzenlosen Schengen-Raum“, gegen einen EU-Beitritt der Türkei und für die Rückkehr zu einem „Europa der Nationen“ aus. Farage hat darüber hinaus bereits angekündigt, 2015 im Falle eines nationalen Wahlerfolgs seiner „people‘s army“ („Volksarmee“), wie er die UKIP nennt, ins britische Unterhaus zu wechseln.

Harter Rechtsdrall: Die Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR) als drittstärkste Fraktion

Neben dem Extremismus der Anderen gibt es bei der Zusammenarbeit rechter Parteien noch einen weiteren Effekt, der genau anders herum funktioniert. Man könnte ihn die Seriosität der Anderen nennen: Konservative Parteien öffnen sich für die Zusammenarbeit mit Rechtspopulisten und machen diese so salonfähig. Ähnlich wie im Falle der EFD war es auch für die EKR-Fraktion nicht klar, wie es nach der Europawahl weitergehen würde. Die Tories waren im Vereinigten Königreich hinter UKIP und Labour mit 23,31 Prozent und 20 Mandaten (-5) nur drittstärkste Partei geworden. Eine der bisher dominierenden EKR-Parteien, die tschechische ODS um den ehemaligen tschechischen Regierungschef Petr Nečas, war 2013 über einen Korruptionsskandal gestürzt und hatte bei der Europawahl mit einem Einbruch auf 7,65 Prozent (2009: 31,45 Prozent) sieben von ehedem neun Mandaten verloren. Andere Kleinparteien aus Ungarn, Belgien und Polen haben den Wiedereinzug ganz verpasst, so dass die EKR zunächst nur aus sechs Partnern bestand. Also entschieden sich die Tories dafür, ihre EU-Fraktion auch für ausgewiesene Rechtspopulisten zu öffnen. Somit traten die Wahren Finnen (12,09 Prozent / 2 Mandate) und die Dansk Folkeparti von der EFD zur EKR über. Aus Deutschland wurde, trotz Angela Merkels Unmutsäußerung gegenüber David Cameron, die AfD aufgenommen, außerdem die Familienpartei (0,70 Prozent / 1 Mandat). Durch die weitere Öffnung nach rechts konnte die EKR schlussendlich 70 Abgeordnete aus 17 Parteien vereinen und stieg hinter der EVP und der sozialdemokratischen S+D zu drittstärksten Fraktion im EP auf. Die EKR steht, in der Tradition des Thatcherismus, für mehr nationale Eigenständigkeit in der EU, bei mehr Freihandel, ökonomischem Wettbewerb und Beschränkung der Einwanderung. Eine Reihe von rechtspopulistischen Parteien wie die AfD, die Wahren Finnen oder Dansk Folkeparti werden durch die Partnerschaft mit den Tories aufgewertet. Das Parteiprogramm der Dansk Folkeparti etwa enthält Aussagen wie „die Transformation in eine multiethnische Gesellschaft“ müsse verhindert werden – was dies konkret bedeutet, ließ sich 2011 in Dänemark beobachten: Die liberal-konservative Minderheitenregierung ließ sich von der Dansk Folkeparti tolerieren, setzte dann auf deren Druck hin einseitig das Schengen-Abkommen aus und führte wieder Kontrollen an den Grenzen zu Schweden und der Bundesrepublik ein. Wohl auch um dem Vorwurf des Rechtspopulismus nach der Aufnahme der Neumitglieder entgegenzuwirken, wurde der britische Muslim Seyd Kamall, Sohn pakistanischer Einwanderer, zum Fraktionsvorsitzenden der EKR gewählt.

Brauner Bodensatz: Neonazis im Europäischen Parlament

Die Neonazis, die teilweise in der Europapartei AENM organisiert sind, bleiben weiterhin weit entfernt von einer möglichen Fraktionsgründung im EP. Während Ataka, British National Party und Großrumänienpartei bei der Europawahl 2014 scheiterten, konnte die ungarische Jobbik (14,67 Prozent / drei Mandate) ihr Ergebnis von 2009 bestätigen. Neu hinzugekommen sind die deutsche NPD (1,00 Prozent / 1 Mandat) und die griechische Chrysi Avgi (9,38 Prozent / 3 Mandate).

Strategien gegen die europäische Rechte: Isolieren, Skandalisieren, Probleme lösen

Es ist bereits ein kleiner Erfolg, dass es Le Pen, Wilders und ihren EAF-Verbündeten nicht gelungen ist, eine EP-Fraktion zu gründen. Nicht nur gibt es weniger finanzielle Mittel, Redezeit und Personal, auch bei der Verteilung administrativer Posten im EP spielen diese Rechtsradikalen nun keine Rolle mehr. Wie kann der Herausforderung durch die Feinde eines offenen Europa in Zukunft begegnet werden? Zunächst muss im EP darauf hingewirkt werden, dass rechte Kräfte durch einen demokratischen Konsens gezielt isoliert werden; dies ist in der vergangenen Legislaturperiode nicht ausreichend geschehen. Insbesondere die konservative EVP-Fraktion muss öffentlich immer wieder unter Druck gesetzt werden, wenn sie die Zusammenarbeit mit der radikalen Rechten sucht, etwa bei der Einschränkung von Frauenrechten oder der mörderischen Abschottungspolitik gegenüber Einwanderern an den EU-Außengrenzen. Am wichtigsten aber wird es für die europäische Linke sein, durch eine Verstärkung der eigenen europäischen Zusammenarbeit in konkreten Projekten eine realitätstaugliche, menschenrechtsbasierte Politik für eine offene EU zu entwickeln, die allen Menschen demokratische Selbstbestimmung, soziale Sicherheit und offene Grenzen garantiert. Ein konkretes linkes Modell für eine neue Einwanderungs- und Asylpolitik könnte den Anfang machen. Mit welcher Haltung Linke an die europäische Arbeit gehen sollten, zeigt der Antifaschist Manolis Glezos, der heute den Kampf für ein offenes Europa in Brüssel und Straßburg weiterführt, den er vor 73 Jahren gegen die deutschen Nazis in Athen begonnen hat. Glezos ist übrigens nur mit Boot und Bahn unterwegs, weil er wegen seiner Herzkrankheit nicht fliegen darf.

Fußnote

i Vgl. Janssen, Thilo (2013): Die Europäisierung der rechten EU-Gegner. Rechte europäische Parteien und rechte Fraktionen im Europäischen Parlament vor den Europawahlen 2014. Eine Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg Stiftung, Berlin: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Europaeisierung_der_rechten_EU-Gegner.pdf

Thilo Janssen ■

AfD paktiert mit pro NRW und NPD

Die erstmals zur Kommunalwahl in NRW Ende Mai angetretene Alternative für Deutschland (AfD) paktiert in einigen Städten mit pro NRW, zum Teil auch mit der NPD, bei den Listenaufstellungen für die Besetzung der städtischen Ausschüsse und Aufsichtsräte. Zwar hat Dr. Hermann Behrendt, stellvertretender Sprecher des Landesverband NRW der AfD, noch kurz nach der Wahl von „gestreuten Verdächtigungen" gesprochen und „klargestellt", dass es „keine Zusammenarbeit mit extremistischen Parteien oder Wählergemeinschaften geben (wird), egal ob von rechts oder links". Doch die Praxis der AfD sieht vor Ort anders aus.

In Duisburg stellt die Ratsfraktion Die Linke in einer Pressemitteilung fest: „Die Partei Alternative für Deutschland (AfD) demaskierte sich bereits in der 2. Ratssitzung … Vor der Wahl distanzierten sich die AfD noch von rechtsextremen und neonazistisch orientierten Parteien, nach der Wahl unterstützten sich AfD, pro nrw und NPD im Duisburger Rat gegenseitig und mit Erfolg. Sie sitzen zukünftig in fast allen Aufsichtsräten städtischer Gesellschaften und weiteren Sondergremien. Unter dem Deckmantel der geheimen Wahl, beantragt von pro nrw, spielten sich AfD und pro nrw die Bälle zu mit Unterstützung der NPD Ratsfrau. Mal wurden die KandidatInnen der einen Partei, mal die der anderen unterstützt. Die Absprache zwischen NPD, pro nrw und AfD verlief reibungslos, konkurrierend traten sie nicht auf. Die AfD hat sich damit ins Spektrum der rechtsextremen Parteien als Wolf im Schafspelz eingeordnet. Wenn der ‚Duisburger Konsens gegen Rechts: Wir alle sind Duisburg' kein Papiertiger werden soll, wird man sich zukünftig auf diese Zusammenarbeit einrichten und entsprechend reagieren müssen. Dieser Wahlerfolg der Rechten hätte verhindert werden können … Im Dortmunder Stadtrat z.B. gibt es einen engen Zusammenhalt der anderen Fraktionen gegenüber den rechtsextremen Ratsmitgliedern. Ein solches Zusammenstehen wünschen wir uns für die Zukunft auch hier in Duisburg …". Weil pro NRW für jede Listenwahl geheime Abstimmung beantragt hat, dauerte die Ratssitzung vierzehn Stunden.

Solange dauerte es in in Gelsenkirchen nicht, weil dort pro NRW nur für die Listen geheime Abstimmung beantragt hatte, bei denen es keinen einheitlichen Wahlvorschlag des Rates gab. AfD und pro NRW sind dort jeweils als Fraktion mit drei Sitzen vertreten. Bei den Listen, bei denen es keinen einheitlichen Wahlvorschlag gab, stimmte die AfD für den pro-NRW-Vorschlag und umgekehrt, so dass auch dort die Rechten mit Sitz und Stimme in diversen Ausschüssen und Aufsichtsräten vertreten sind, darunter ausgerechnet im Polizeibeirat und im Integrationsbeirat. Auch in Bochum wurden die anderen Ratsfraktionen kalt erwischt. Zuerst wurde ein gemeinsamer Listenvorschlag (übliches Verfahren), der nur die Rechten weitgehend rausgehalten hätte, nicht von der linken Ratsfraktion unterstützt. Im weiteren Verlauf wurde nicht damit gerechnet, dass AfD, pro NRW und die NPD im Block abstimmen würden. So konnte die AfD-Fraktion durch je eine Stimme von NPD und pro NRW ihren ersten Ausschusssitz zu Lasten der grünen Fraktion erwerben. Dadurch kippte die rot-grüne Koalitionsmehrheit in diesem Ausschuss. Da in weiteren Ausschüssen das gleiche Ergebnis drohte, wurde die Wahl der Mitglieder in insgesamt 14 weiteren, noch unbesetzten Ausschüssen vertagt.

Diese drei Beispiele zeigen einen Trend, dass die AfD entgegen aller Ankündigungen zumindest punktuell sehr wohl dazu bereit ist, entweder mit rechtsradikalen und faschistischen Parteien direkt zusammen zu arbeiten oder sich zumindest wählen zu lassen. Dass der rechte Block in diesen Städten so erfolgreich agieren konnte, liegt auch daran, dass die Möglichkeit der rechten Blockbildung unterschätzt wurde. Zudem ist das Wahlverfahren der Kommunalordnung NRW für die Zusammensetzung der Ausschüsse des Rates sehr kompliziert. Kommt kein einheitlicher Wahlvorschlag des Rates zustande, der einstimmig sein muss, greift ein gesetzliches Verfahren, dass viele nur schwer kalkulierbare Unwägbarkeiten enthält. Anders sieht es bei den städtischen Aufsichtsräten aus. Welche Besetzungsverfahren für diese Unternehmensgremien der Rat wählt, regelt die Gemeindeordnung nicht. Da in vielen Städten in NRW die Wahlen für diese Gremien noch ausstehen, besteht die Chance, dort durch gemeinsame Listenbildungen der demokratischen Fraktionen weitere Rechte und Rechtsradikale in diesen Gremien zu verhindern. Wie man mit Rechtsextremen und Rechtspopulisten in Gemeindevertretungen umgehen sollte, haben wir mit der Berliner „Erklärung der Demokraten ‚Eckpunkte für den Umgang mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien'" auf Seite 7 dieser Ausgabe der AN dokumentiert.

Thorsten Jannoff ■

CDUler wird mit Stimmen vom rechten Rand Bürgermeister in Köln/Porz

Henk van Benthem (CDU) wurde mit knappster Mehrheit zum neuen Porzer Bürgermeister gewählt. Die entscheidenden Stimmen lieferten die Rechtspopulisten von Pro Köln und AfD. Henk van Benthem heuchelt die überraschte Unschuld. Es ist aber in Porz bekannt, dass er vor der Bürgermeisterwahl mit der AfD gesprochen hat. Der CDUler hat ganz offensichtlich mit den Stimmen der Rechtspopulisten gerechnet, um Porzer Bürgermeister zu werden. Karl Eberle, LINKER Bezirksvertreter in Porz, hatte als Sitzungsältester der Bezirksvertretung die Wahl des Bezirksbürgermeisters geleitet. Er kritisiert die Wahl des CDUler aufs schärfste: „Einen Bürgermeister von Gnaden der Rechtsextremen darf es in Porz nicht geben! Henk van Benthem sollte von diesem Amt zurücktreten. Sonst wird die Arbeit der BV auf nicht absehbare Zeit belastet und erschwert. Es war über viele Jahre Konsens in der Kölner Politik – auch bei der CDU – dass man nicht mit den Hetzern von Pro Köln paktiert. Gerade jetzt, da die Rechtsextremen für ihre menschenverachtende Politik abgestraft wurden, sichert sich Henk van Benthem seinen Posten mit ihrer Hilfe. Henk van Benthem hat unmoralisch und politisch sehr unklug gehandelt. Aber er trägt nicht alleine die Schuld. Eitelkeit und politische Unfähigkeit bei den Fraktionen (SPD, CDU, Grüne) haben allem Anschein nach eine bis dato nicht vermutete Dimension. Nur so ist es zu erklären, dass sich die Fraktionen nicht auf ein demokratisches Prozedere verständigen konnten.

Die Berliner Erklärung an alle Demokrat/innen beschreibt wie mit rechtsextremen in kommunalen Vertretungen umzugehen ist. Ein wesentlicher Grundsatz: „Niemals mit den Stimmen der Rechtsextremen kalkulieren". (Die Erklärung von September 2009 ist auf der folgenden Seite dokumentiert.)

Nach der Wahl Van Benthems hat der Kölner SPD Vorsitzende Ott einen offenen Brief an den Kölner CDU-Vorsitzenden Petelkau geschrieben. Ott fordert Petelkau auf seinen Einfluss geltend zu machen: „Van Benthem muss zurücktreten!" fordert der Kölner SPD Chef.

Ott`s Brief ist richtig, der Verfasser muss sich aber die Frage gefallen lassen, warum er nicht vor der Wahl des Porzer Bürgermeisters öffentlich reagiert hat, der Skandal hatte sich abgezeichnet.

M. Weisenstein/LB-Köln 13/2014 ■

NPD Hetze in Bautzen

von Ramona Gehring und Jens Thöricht

Für den 10. Juni 2014 meldete die Bautzener NPD Stadträtin Daniela Stamm eine Kundgebung vor dem Spreehotel an. In diesem sollen 150 Asylsuchende untergebracht werden. Acht Bürgerinnen und Bürger sowie weitere 30 der extremen Rechten zuzuordnenden Personen folgten dem Aufruf.

Bevor Frau Stamm die Kundgebung eröffnete, musste ein weiterer Ordner gesucht werden. Die anwesende Polizei lehnte einen Vorgeschlagenen ab. Dies ist meist bei Personen der Fall, die vorbestraft sind und es somit Zweifel an der Zuverlässigkeit als Ordner bestehen. Ordnerbinden wurden nicht mitgeführt, die zuständige Behörde wird dies sicher ahnden.

Auch den Umgang mit dem Megaphon musste die NPD Anmelderin erst üben. So wurde Sie am Anfang von ihrer Anhängerschaft mehrfach darauf hingewiesen, dass sie zu leise rede und damit kaum zu verstehen sei.

Während der Kundgebung der extremen Rechten versuchte ein Vertreter dieser, auf Gegendemonstranten loszugehen. Daran wurde er durch einen eingesetzten Ordner sowie anwesende Beamte gehindert, diese kontrollierten daraufhin seine Personalien.

Auf den unmittelbar in der Nähe gelegenen Tennisplatz, der durch den Tennisclub Erholungszentrum Bautzen e.V. genutzt wird, wurde ebenfalls eine Ablehnung des Standortes für die Unterbringung der Asylsuchenden mittels Schilder deutlich gemacht.

Bereits am 3. Juni 2014 hatten sich etwa 50 Personen vor dem Spreehotel versammelt. Sie wollten ihre Ablehnung des Unterbringungsstandortes gegenüber den Mitgliedern des Bündnisses „Bautzen bleibt bunt“, die zeitgleich im Objekt ein Treffen hatten, kundtun. Nach Aussagen eines Anwesenden wollten die Gegner des Standortes in das Hotel eindringen. Die Polizei verhinderte dies. Nach Angaben der Sächsischen Zeitungen pöbelten und beleidigten die Vertreter der extremen Rechten, Polizeibeamte begleiteten Mitglieder des Bürgerbündnisses teilweise nach Hause.[1]

Gegenprotest

Etwa 90 Minuten vor dem Beginn der NPD Kundgebung, eröffnete Herr Grundmann für das Bündnis „Bautzen bleibt bunt“ eine Kundgebung, die sich für Menschlichkeit und Solidarität mit den Asylsuchenden und gegen die Hetze der extremen Rechten richtete.

Unter den Teilnehmer_innen befanden sich die ehemalige Vizepräsidentin des Sächsischen Landtages Regina Schulz, der SPD Landtagsabgeordnete Stefan Brangs, Bernhard Sonntag, Geschäftsführer der Region Ostsachsen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) sowie Angela Palm, Fraktionsvorsitzende der Linken im Bautzener Stadtrat und Sven Scheidemantel, Kreisrat der LINKEN.

Mit Plakaten und Transparenten wurde deutlich der Unmut über die fremdenfeindliche Hetze ausgedrückt. Trillerpfeifen und der couragierter Redebeitrag durch eine Vertreterin des Bündnisses „Bautzen bleibt bunt“ unterbrachen die NPD Rednerin mehrfach.

Hintergrund

Ab Mitte Juli sollen bis zu 150 Asylsuchende im Spreehotel untergebracht werden. Der Betreiber lässt einen Zaun um die Unterkunft bauen, eine Videoanlage ist bereits installiert. Nach Auskunft des Betreibers existiert ein Sicherheitskonzept. Mehrere Sozialarbeiter sollen die untergebrachten Menschen betreuen.

Mit der Nutzung der Zimmer für die Unterbringung der Asylsuchenden, hofft der Betreiber des Hotels auf eine berufliche Perspektive. Der Hotelbetrieb soll seit längerem bereits schleppend gelaufen sein, der MDR spricht gar von einer drohenden Pleite.[2]





Anmelderin Daniela Stamm

Alle Bilder: Ramona Gehring und Jens Thöricht

Tennisplatzbeschilderung



Fußnoten

1) http://www.sz-online.de/nachrichten/kundgebung-gegen-asylheimplaene-bleibt-friedlich-2853260.html

2) http://www.mdr.de/sachsen/bautzen/asylheim-spreehotel-bautzen100.html

Appell der Demokrat/innen:

Eckpunkte für den Umgang mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien

Angesichts dessen,

- dass sich Rechtsextreme seit vielen Jahren bemühen, Landesparlamente und kommunale Gremien als Bühnen der Agitation, Experimentierfelder und Lehrwerkstätten sowie als Informations- und Finanzierungsquellen zu instrumentalisieren,
- dass nach den Kommunalwahlen am 7. Juni 2009 in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Rheinland-Pfalz und im Saarland sowie am 30. August in Nordrhein-Westfalen die absolute Zahl der rechtsextremen Sitze in kommunalen Gremien erheblich gestiegen ist,
- dass somit immer mehr demokratische Kommunalpolitiker/innen in ihrer alltäglichen politischen Arbeit mit rechtsextremen Provokationen umgehen müssen,
- und aufbauend auf den vorhandenen vielfältigen Erfahrungen im Umgang mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien und Landesparlamenten

haben sich Kommunal- und Landespolitiker/innen von Bündnis 90/Grünen, CDU, Linkspartei und SPD, Wissenschaftler/innen und Vertreter/innen fachlicher Beratungsprojekte aus Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 03. September 2009 in Berlin zusammengefunden.

Als Quintessenz des Fachaustausches werden in diesem gemeinsamen Papier Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit rechtsextremen Strategien und der dahinter stehenden menschenverachtenden Ideologie aufgezeigt.

Die Teilnehmenden appellieren an alle demokratischen Mandatsträger/innen in ihrem alltäglichen politischen Engagement, folgende politischen Eckpunkte zu beachten:

1. Gemeinsames Vorgehen aller Demokrat/innen. Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremen kann nur als gemeinsames demokratisches Anliegen Erfolg haben. Die demokratischen Parteien sind angehalten, sich fortlaufend über ihren Umgang mit den Rechtsextremen abzustimmen. Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus darf nicht zur Domäne einzelner Parteien oder Personen werden, sondern geht jede/n Demokrat/in an.

2. Bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremen dürfen deren antidemokratische und menschenverachtende Positionen nicht außer Acht gelassen werden. Rechtsextreme bemühen sich um Normalisierung und damit um ihre Etablierung als politischer Faktor. Häufig versuchen sie, die Abgrenzung seitens der Demokrat/innen durch (kommunal)politische Initiativen ohne erkennbaren ideologischen Hintergrund zu unterlaufen. Zunehmend sollen rechtsextreme Fragen und Themen wie Umwelt- oder Sozialpolitik Harmlosigkeit, Bürgernähe und Normalisierung des Rechtsextremismus suggerieren. Die Demokrat/innen sind aufgefordert, stetig und öffentlich wahrnehmbar auf den Charakter der rechtsextremen Ideologie zu verweisen und menschenrechtsorientierte, demokratische Lösungen für gesellschaftliche Problemlagen zu vermitteln.

3. Niemals mit den Stimmen der Rechtsextremen kalkulieren. Rechtsextreme streben nach öffentlicher Aufmerksamkeit und politischem Einfluss. Gerade in der Rolle des „Züngleins an der Waage“ sehen sie eine Chance. Durch Absprachen unter den demokratischen Parteien gilt es möglichst zu vermeiden, dass sie diese nutzen können. Kurzfristige politische Erfolge sollten nicht damit erkauft werden, die Feinde der Demokratie langfristig salonfähig zu machen.

4. Niemals einem Antrag der Rechtsextremen zustimmen. So harmlos und ideologiefrei ein Antrag der Rechtsextremen gelegentlich auch daherkommen mag: Jede Zustimmung bedeutet einen Erfolg der rechtsextremen Bemühungen um Normalisierung. Die generelle Ablehnung rechtsextremer Anträge muss öffentlich und inhaltlich begründet werden.

5. Aktive inhaltliche Auseinandersetzung mit rechtsextremen Inhalten statt Schweigen und Ignorieren. Der antidemokratische, menschenverachtende und rückwärtsgewandte Charakter des Rechtsextremismus muss gegenüber der Bevölkerung immer wieder demaskiert werden. Hierzu bedarf es einer eingehenden Auseinandersetzung mit rechtsextremer Ideologie, Strategien, Strukturen und Organisationen. Jenseits des notwendigen Reagierens auf rechtsextreme Bestrebungen gilt es, in die Offensive zu kommen und eine breite Debatte über die grundlegenden Werte einer demokratischen und an den Menschenrechten orientierten Gesellschaft anzustoßen.

6. Keine Normalität im täglichen Umgang mit Rechtsextremen. Auch auf der Ebene der alltäglichen menschlichen Kontakte sollten Demokrat/innen deutlich machen, dass es sich bei den Rechtsextremen nicht um politische Partner/innen, sondern um prinzipielle Feinde der Demokratie handelt – auch wenn die rechtsextremen Mandatsträger/innen vielfach nicht dem Klischee des Neonazis entsprechen, sondern sich bisweilen als nette Bürger/innen von nebenan geben. Die öffentlich wahrnehmbaren Verhaltensweisen demokratischer Politiker/innen senden wichtige Signale aus und beeinflussen das gesellschaftliche Klima im Gemeinwesen.

7. Den Spielraum der Rechtsextremen mit demokratischen Mitteln so weit wie möglich einschränken. Die Instrumentarien von Geschäftsordnung und Sitzungsleitung bieten bei konsequenter Handhabe viele Möglichkeiten, um Störungen und Provokationen durch rechtsextreme Mandatsträger/innen oder Besucher/innen zu unterbinden. Ob Äußerungen rechtsextremer Mandatsträger/innen strafrechtlich relevant sind, muss fortwährend gründlich geprüft werden. Allerdings ersetzt das administrative und juristische Vorgehen keinesfalls die inhaltliche Auseinandersetzung. Demokratische Standards sollten nicht abgesenkt werden, um die Rechtsextremen einzuschränken, sondern Demokratie und politische Teilhabe sind vielmehr weiterhin zu stärken.

8. Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe. Die Gestaltungsmöglichkeiten von Kommunalpolitik sind vielfältig. Wo Rechtsextreme versuchen, kommunale Gremien als Bühnen ihrer Agitation zu missbrauchen, gilt es für die Demokrat/innen, diese Gremien noch stärker zu Orten gelebter Demokratie zu machen und die Bürger/innen in eine demokratische und an den Menschenrechten orientierte Gestaltung des Gemeinwesens einzubeziehen. Besonders wichtig sind die Förderung, Unterstützung und öffentliche Anerkennung von zivilgesellschaftlichen demokratischen Initiativen sowie das Eintreten für die Betroffenen rechtsextremer Bedrohung und Gewalt.

Verein für demokratische Kultur in Berlin – Initiative für urbane Demokratieentwicklung e.V. ■

Keine Allianz für's Leben

Die Fraktionsbildung der Rechtsextremen im Europaparlament ist gescheitert

„Natürlich ist das eine Enttäuschung, weil wir viel gekämpft haben." So reagierte Marine Le Pen, Chefin des französischen Front National (FN), am Dienstag, den 24. Juni um die Mittagszeit – in den Spalten der konservativen Tageszeitung Le Figaro – auf eine Nachricht vom Vorabend kurz vor Mitternacht. Dicht vor Ablauf des Stichdatums um 00.00 Uhr war bekannt geworden, dass es keine rechtsextreme Fraktion im Europaparlament rund um Le Pen und um Geert Wilders von der niederländischen „Partei für die Freiheit" („PVV") geben wird. Bis zu diesem Zeitpunkt wäre die Bildung einer Fraktion für die konstituierende Sitzung des Europaparlaments möglich gewesen.

Wäre ihnen diese gelungen, hätten sie im Laufe der fünfjährigen Legislaturperiode des Europaparlaments (2014-2019), das erstmals am 1. Juli zusammengetreten ist, zwischen zwanzig und dreißig Millionen Euro Mittelzuwendungen einstreichen können. Allerdings ist eine Fraktionsbildung auch noch zu einem späteren Zeitpunkt möglich, nur werden dann die Vorsitzposten in den fachlichen Ausschüssen des Europaparlaments – welche die Fraktionen unter sich aufteilen, ohne die fraktionslosen Abgeordneten – bereits vergeben sein. Unterdessen erklärt Marine Le Pen, „in einer Woche oder einem Monat oder zwei" werde ihre Fraktion schon noch entstehen. Dies mag allerdings auch nur eine optimistisch klingende Pflichtübung darstellen.

Gescheitert ist die Fraktionsbildung letztlich an der Anzahl der vertretenen Länder, nicht an jener der erforderlichen Mandate. An Sitzen hätte es mindestens 25 gebraucht, und allein der französische FN hielt ihrer ursprünglich 24. Nach dem Abgang der in Westfrankreich gewählten Europaparlamentarierin Joëlle Bergeron, die laut Auffassung ihrer Partei zu moderate Standpunkte vertrat – sie wollte das kommunale Wahlrecht für Ausländer nicht ausschließen – und vom FN vergeblich zur Rückgabe ihres Mandats aufgefordert wurde, blieben ihrer 23 übrig. Doch nach den Statuten des Europäischen Parlaments muss eine Fraktion ferner aus Abgeordneten aus mindestens einem Viertel der Mitgliedsstaaten, also sieben Ländern, bestehen.

Zwei Länder zu wenig

Dabei bekamen der französische FN und die niederländische PVV bekamen zusammen mit ihren Verbündeten – der österreichischen FPÖ, der italienischen Lega Nord und dem belgischen Vlaams Belang – nur die Vertreter von fünf Staaten beisammen. Ursprünglich hatten sie sieben Parteien aus verschiedenen Ländern beisammen. Aber die „Slowakische Nationalpartei" (SNS) von Ivan Gasparovic schaffte am 25. Mai dieses Jahres den Wiedereinzug ins Europaparlament nicht, mit einem Stimmenanteil von 3,6 Prozent gegenüber 5,6 Prozent bei der letzten Wahl im Jahr 2009. Damals hatte sie einen Sitz erringen können.

Ferner zogen die „Schwedendemokraten" (SD), die der Allianz von Marine Le Pen und Geert Wilders bis dahin angehörten, sich nach der Europaparlamentswahl doch aus ihr zurück. Die bei ihrer Gründung 1988 ursprünglich klar neonazistisch ausgerichtete Partei versucht sich heute „gemäßigt" zu geben. Und am 14. September dieses Jahres möchte sie bei den Parlamentswahlen in Schweden gerne ihren Stimmenanteil ausbauen. Deswegen wollten die SD es sich bei den Wählerinnen und Wählern nicht verscherzen, indem sie sich mit Neofaschisten anderer Länder verbündeten.

Als Reaktion auf den Verlust zweier Bündnispartner versuchte Marine Le Pen, neue potenzielle Fraktionsmitglieder an Land zu ziehen. Dazu zählte die litauische Partei „Ordnung und Gerechtigkeit" (TT), doch diese verbündete sich letztlich lieber mit dem rechtsbürgerlichen britischen Nationalisten Nigel Farage von der „Unabhängigkeitspartei des Vereinigten Königreichs" (UKIP). Bei einem anderen eventuellen Alliierten legte der Holländer Geert Wilders sein Veto ein: Der Chef des polnischen „Kongresses der Neuen Rechten" (KPN), der 72jährige Janus Korwin-Mikke, erschien ihm zu offen antisemitisch. Korwin-Mikke hatte unter anderem erklärt, würde Adolf Hitler heute ein Prozess gemacht, „müsste man ihn freisprechen".

Dem britischen Nationalisten Nigel Farag gelang es unterdessen am Donnerstag der vergangenen Woche, den 19. Juni 2014, eine eigene Fraktion im künftigen Europaparlament zu präsentieren. Diese konnte mit Abgeordneten aus den erforderlichen sieben Mitgliedsländern der EU gebildet werden, unter ihnen die bei FN und FÖP abtrünnig gewordenen „Schwedendemokraten" sowie die vom FN verstoßene Abgeordnete Joëlle Bergeron. Hinzu kommt unter anderem die „Fünf-Sterne-Bewegung" des italienischen Politclowns Beppe Grillo.

Jean-Marie Le Pens antisemitische Ausfälle: Rückfall oder kalkulierte Absicht?

Erschwert worden waren die Gespräche in Brüssel und Strasbourg für Marine Le Pen wohl auch durch jüngste Ausfälle ihres Vaters, des historischen Gründers des Front National, Jean-Marie Le Pen. Der seit dem vergangenen Freitag, den 20. Juni nunmehr 86jährige war bislang in seiner Partei für die rassistischen oder antisemitischen Ausfälle zuständig, seine Tochter und Nachfolgerin im Parteivorsitz – Marine Le Pen – hingegen für die „respektable" Außenfassade. Seit ihrem Antritt als Vorsitzende im Januar 2011 distanzierte die Partei sich offiziell von jeglichem offenen Antisemitismus. Unter ihrem Vater als Parteichef war hingegen Antisemitismus im Subtext sichtlich präsent. Jean-Marie Le Pen vertritt bis heute die These, würde „der FN zu nett", werde er langweilige und „interessiere niemanden", deswegen müsse man ab und zu eine zünftige Polemik unterhalten. Eine Zeit lang konnten beide Linien sozusagen arbeitsteilig nebeneinander her existieren, aber jetzt scheint diese Doppelstrategie an ihre Grenzen zu stoßen.

Am 6 Juni publizierte Jean-Marie Le Pen eine seiner berüchtigten Videobotschaften im Internet. Dieses Mal schlug er übermäßig über die Stränge. Über den FN-kritischen Sänger Patrick Bruel – er hatte kürzlich erklärt, nicht in rechtsextrem regierten Kommunen auftreten zu wollen – und andere Opponenten seiner Partei äußerte er: „Beim nächsten Mal machen wir ‚une fournée' mit denen." Dies bedeutet wörtlich so viel wie „eine Ofenladung, eine Ofenfüllung", auch wenn dem Ausdruck ebenfalls eine übertragene Bedeutung zukommt, im Sinne von „mehrere auf einen Streich erledigen", oder aber auch im Sinne von „mehrere Leute in einem Aufwasch abhandeln". Obwohl der Ausdruck also unterschiedlich ausgelegt werden kann, muss zumindest zwingend angenommen werden, dass Jean-Marie Le Pen bewusst und in voller Absicht mit dieser Doppeldeutigkeit spielte.Die jüdische Herkunft Bruels ist allgemein bekannt, und vor diesem Hintergrund war die Anspielung auf die Verbrennungsöfen in den NS-Vernichtungslagern nur allzu offenkundig. Le Pen senior hatte bereits am 2. September 1988 sein berüchtigtes Wortspiel „dura-four-crématoire" gestartet: Michel Durafour war der Name eines jüdischstämmigen liberalen Ministers, und four-crématoire bedeutet „Verbrennungsofen".

Dieses Mal wurde es auch einigen Parteioberen zu viel, und die Polemik unter Parteifunktionären dazu hielt nahezu das gesamte Pfingstwochenende über an, während das fragliche Video schon am Pfingstsamstag eilig wieder aus dem Netz genommen wurde. Die amtierende Chefin Marine Le Pen sprach von einer „politischen Verfehlung“ – allerdings nicht aufgrund von Antisemitismus, sondern weil ihr Vater die angeblich böswillige Interpretation des Ausspruchs durch seine Gegner „nicht vorausgesehen hat“. Die Kritik gilt also mindestens ebenso sehr den Gegner/inne/n der extremen Rechten, und ihr Vater – ein uralter Hase in der Politik, bereits 1956 war er Abgeordneter, und mit allen Wassern gewaschen – wird von ihr als vermeintlich überlistetes Opfer dargestellt.

Ihr Vizevorsitzender und Lebensgefährte Louis Aliot sprach von einer „Dummheit“ und bezeichnete Jean-Marie Le Pens Ausspruch als „konsternierend“. Seinerseits riet der parteilose aber für den FN gewählte Parlamentsabgeordnete Gilbert Collard dem Alten, nun endlich „in Rente zu gehen“.

Jean-Marie Le Pen giftete zurück, die böswillige Auslegung seines Ausspruchs aus den eigenen Reihen sei „ein bisschen Verrat“, und seine Kritiker seien dämlich. Gilbert Collard riet er, „zwei Konsonanten an seinem Familiennamen zu ändern“, also indirekt, sich fortan Connard‘ (Idiot, Depp, Dummkopf) zu nennen.

Unterdessen ergab eine Umfrage, dass inzwischen 91 % der Französinnen und Franzosen eine negative Meinung von Jean-Marie Le Pen haben, und 81 % sowie 74 % der Anhänger/innen des Front National ihn heute als „Klotz am Bein“ seiner eigenen Partei betrachten. Demnach wären 45 Prozent (!) der befragten Französinnen grundsätzlich bereit, für den Front National zu stimmen. Aber 43 % erklären demnach, sich der Tochter Marine Le Pen nahe zu fühlen, nur 2 % ihrem Vater Jean-Marie Le Pen.

Ungewöhnliches von rechtsextremer Seite zum Bahnstreik

Unterdessen beschreitet der Front National einmal mehr ungewöhnliche, von der rechtsextremen Partei jedenfalls nicht erwartete Wege. Beim jüngsten Eisenbahnerstreik in Frankreich (vom 10. Juni bis 22. Juni 2014) ging die Partei strategisch klug vor: Der Front National konnte zwar unmöglich die Gewerkschaften CGT und SUD und ihren Streik unterstützen und erklärte auch, den – durch die Medien eifrig geschürten – Unmut vieler Leute über den Transportstreik zu verstehen. Dabei wendet er den Zorn aber nicht gegen die Beschäftigten, sondern gegen die Europäische Union, die an allem schuld sei und die Bahnreform erzwinge. Im gleichen Atemzug versucht die extreme Rechte, die Gewerkschaften zu umgehen, indem sie sich formal radikaler gibt als jene – innerhalb der Bahngesellschaft SNCF seien die Gewerkschaften „Komplizen“ der Direktion –, um zur Bildung von „Komitees zur Verteidigung des öffentlichen Diensts“ aufzurufen. Dies wäre natürlich ausgesprochen zweischneidig, denn solcherlei Komitees würden sich bei Bedarf gegen Regierungspläne und gegen eine Zerschlagung der Bahn mobilisieren lassen, aber ebenfalls bei Bedarf gegen Streiks als „Bedrohung für die Dienstleistung“.

Die Gewerkschaften haben auf dieser Flanke einen neuen Feind gefunden, der im Gegensatz zu den anderen jedoch nicht ihre angeblich „Unnachgiebigkeit“ anprangert, sondern sie verbal zu übertrumpfen sucht. Am vergangenen Mittwoch bekundete FN-Vizepräsident Florian Philippot unterdessen im Radio „Unterstützung“ und „Verständnis“ für die streikenden Eisenbahner/innen, auch wenn er sich von einigen „berufsgruppenegoistischen Forderungen, die es sicherlich gibt“ abgrenzen möge. Er wandte sich sogar gegen Angriffe auf Streikrecht – auch wenn das Programm seiner Partei ausdrücklich das Streikrecht auf eine Ultima ratio-Logik einschränken und eingrenzen möchte – welches „ein durch die Verfassung garantiertes Recht“ darstelle, und dagegen, „von vornherein eine soziale Bewegung zu kriminalisieren“. Auch die extreme Rechte hat Geschmeidigkeit erlernt.

Aktueller Nachtrag:

Infolge des Scheiterns der Fraktionsbildung hat Geert Wilders von der niederländischen PVV am Dienstag, den 24. Juni auf die Ausübung seines Mandats im Europaparlament verzichtet. Am Donnerstag, den 26. Juni 14 wurde bekannt, dass der ungarische Jobbik-Chef Gabor Vona – mit dessen Partei sich weder Marine Le Pen noch Wilders hatten verbünden wollen – in einem Interview mit einer ungarischen Zeitung erklärte: „Jobbik verbündet sich nicht aus rein finanziellen Gründen mit zionistischen Parteien wie dem Front National und der FPÖ.“

Bernard Schmid, Paris ■

Säuberung der Ärmelkanalküste von MigrantInnen in Calais

Aus den Augen, aus dem Sinn: Wieder einmal hat die französische Innenpolitik bewiesen, dass sie in der Lage ist, die Ärmelkanalküste rund um Calais von das Bild störenden Migranten zu „säubern“ – ohne das geringste Problem zu lösen.

Am vergangenen Mittwoch (2. Juli) räumten ein Großaufgebot von Polizisten und Gendarmen um sechs Uhr die Essenausgabestelle, die Ehrenamtliche und Aktivisten mehrerer Initiativen für Flüchtlinge eingerichtet hatten. 610 Personen wurden vorübergehend in Polizeigewahrsam genommen, drei vorläufig festgenommene Initiativenmitglieder nicht mitgerechnet, und auf Polizeiwachen in der gesamten Region verteilt. In ihrer Mehrheit handelt es sich um Eritreer und Sudanesen, die zwei der übelsten Diktaturen in Afrika entflohen sind, sowie um Menschen aus den Bürgerkriegsländern Syrien und Afghanistan.

An der Ärmelkanalküste hoffen sie inständig auf eine Gelegenheit, nach Großbritannien übersetzen zu können, um sich dort ein neues Leben aufzubauen. Mehrheitlich streben sie danach, einen Flüchtlings- oder sonstigen Aufenthaltsstatus in Kontinentaleuropa zu erlangen, sondern es zieht sie nach England. Aus sprachlichen Gründen – Englisch ist bei ihnen verbreiteter als andere europäischen Sprachen, zumal im Sudan und in Afghanistan oder auch im Irak, die alle drei dereinst durch die Briten kolonisiert wurden –, weil sie dort bereits Familie oder Bekannte haben. Und auch, weil im seit einem Vierteljahrhundert neoliberal durchstrukturierten Großbritannien der Arbeitsmarkt durchlässiger ist. Das bedeutet zwar mehr Ausbeutung, oft überlange Arbeitszeiten und wenig Sicherheit für die Beschäftigten. Aber eben auch vielfach Möglichkeiten für Migranten mit oder ohne Aufenthaltsdokumenten, irgendwo einen Platz im sozialen Gefüge zu finden.

Die britischen Behörden tolerierten dies anfänglich einmal. Doch unter dem Druck einer öffentlichen Meinung im eigenen Land, der die Politik irgendwelche „Erfolge“ ihres Handelns präsentieren muss, verschrieben auch sie sich dem Kampf gegen „illegale Migration“ – ist deren demonstrative Bekämpfung doch einfacher, als zu versuchen, etwa die Finanzfirmen in der City of London unter Kontrolle zu bekommen. Im Jahr 2002 vereinbarten die damaligen Innenminister auf britischer und französischer Seite, Jack Straw und Nicolas Sarkozy, ostensiv die Schließung des Lagers in Sangatte, zwölf Kilometer von Calais entfernt. Dort hatte das Rote Kreuz eine Notunterkunft eingerichtet, die für 800 Personen geplant, jedoch in jenem Jahr real von 1800

Fortsetzung folgende Seite unten

Osnabrück: Erneut Abschiebung verhindert

*Über 100 Osnabrücker*innen verhindern erneut erfolgreich eine Abschiebung!*

Am Mittwochmorgen, den 02.07.2014, hat das breite Bündnis gegen Abschiebungen Osnabrück bereits zum 7. Mal die Abschiebung eines Geflüchteten durch eine Protestaktion verhindern können. Ein junger Mann aus Eritrea sollte in den so genannten Ersteinreisestaat (laut EU-Dublin-Verordnung) nach Italien abgeschoben werden. Im Gegensatz zur organisierten Verantwortungslosigkeit auf bundesdeutscher und europäischer Ebene können sich die Geflüchteten in Osnabrück aber der Solidarität der Osnabrückerinnen und Osnabrücker gewiss sein!

Am 04.07. wurde erneut erfolgreich eine Abschiebung verhindert. Zum 8. Mal und zum dritten Mal in dieser Woche. Vielen Dank an alle solidarischen Menschen die wieder dabei waren. Wir haben zwischendurch 130 Personen gezählt. Das macht mir Mut, auch weil wir leider feststellen müssen, dass der Bundestag erst gestern, im Hauruckverfahren, eine Verschärfung des Asylrechts beschlossen hat.

osnabrueck-alternativ.de, 4.07.2014 ■

Pinneberg: Abschiebung verhindert

Jüdische Gemeinde gewährt muslimischem Flüchtling Kirchenasyl

Ashraf O. ist Muslim und sollte vergangene Woche abgeschoben werden. Laut dem Dublin-Abkommen muss er sein Asylverfahren in Ungarn durchlaufen. Dazu kam es aber nicht. Er erhielt „Kirchenasyl" von der jüdischen Gemeinde Pinneberg.

Ein muslimischer Flüchtling aus dem Sudan hat in der jüdischen Gemeinde Pinneberg „Kirchenasyl" erhalten. Weil der 34-jährige Ashraf O. über Ungarn ins

---

Fortsetzung von vorheriger Seite

Personen belegt war. Durch das Dichtmachen des Lagers wurden sie vertrieben, aber ohne ihnen eine Perspektive zu geben. Deswegen bildeten sich neue, dieses Mal nicht von Hilfsorganisationen betreute und mit sanitären Lagern ausgestattete „wilde" Lager. Das wohl bekannteste von ihnen war der „Jungle" in einem Außenviertel von Calais, der seinerseits 2009 geräumt und abgerissen wurde.

In jüngster Zeit hatten sich zunächst zwei Zeltlager mitten in der Stadt Calais gebildet, das eine umfasste 85 und das andere 120 Zelte, am Rande eines Kanals. Das Gebiet wurde immer stärker zum Brennpunkt, seitdem vor allem im vergangenen Frühjahr eine rechtsextreme Bürgermiliz immer wieder versuchte, die Gemüter vor Ort zum Kochen zu bringen. Das Kollektiv Sauvons Calais! („Retten wir Calais"!) bedrohte die Lager, sammelte Unterschriften dagegen und rief die Bürger zur so genannten „Selbsthilfe" auf. Anführer der Gruppierung ist Kévin Rèche, der unverhohlen ein auf seine Haut eintätowiertes Hakenkreuz spazieren trägt.

Am 13. April rief seine Gruppe zusammen mit der Jeunesse identitaire („Identitäre Jugend"), der Jugendorganisation des Bloc identitaire – eine außerparlamentarisch und stark auf Agitprop setzende faschistische Organisation – zu einer Demonstration in Calais auf. Allerdings gab es einen Gegenaufruf aus antirassistischen Gruppen sowie der Hausbesetzerszene, an jenem Sonntag zu einer Gegendemonstration zu mobilisieren sowie das ganze Wochenende über Gegenaktivitäten zu organisieren. Die rechtsextreme Demonstration wurde daraufhin „aufgrund von Sicherheitsbedenken" verboten. Sauvons Calais wird zudem verdächtigt, mit den Schüssen in Verbindung zu stehen, mit denen ein Beschäftigter im Sicherheitsgewerbe in der Nacht vom 12. zum 13. Juni aus einem Schrotgewehr abfeuerte. Zwei Sudanesen wurden dabei im Abstand von zwei Stunden gefährlich verletzt, der Prozess des Schützen begann am Montag dieser Woche (7. Juli).

Auch ansonsten steht die Stimmung in Calais unter Druck. Seit 2002 verzeichnet auch der Front National überdurchschnittliche Wahlergebnisse in der Gegend, bei den diesjährigen Europaparlamentswahlen etwa erhielt er in Calais 31 Prozent.

Unterdessen wollen die Migranten lediglich die Möglichkeit erhalten, auf Zeit menschenwürdig unterzukommen, bevor sie das Übersetzen nach England versuchen. Eine Minderheit von ihnen wagt die Überfahrt auf Floßen treibend oder durchschwimmt sogar den Ärmelkanal mit Schwimmflossen, während die Mehrzahl versucht, an den Einladestellen zu den Fähren oder an der Einfahrt zum Eurotunnel auf die Verladeflächen von LKWs zu gelangen. Nur einer kleinen Minderheit gelingt dies, und viele Fahrer sind inzwischen mit Stöcken ausgestattet. Aber aufgrund der großen Zahl von gleichzeitig Anstürmenden an den Warteschlangen für LKWs entgehen mitunter einige eingestiegene blinde Passagiere der Aufmerksamkeit von Polizei oder Fernfahrern.

Viele geben es aber mit der Zeit auch einfach auf und resignieren, zumal die oft mafiösen Schleuser- der „Schlepper"organisationen – deren Geschäftsgrundlage die Prohibitionspolitik gegen Grenzübertritte darstellt – ihr Territorium brutal behaupten und es auszudehnen versuchten. Konnten früher Migranten oft noch wählen, ob es sie auf eigene Faust versuchten oder aber ihre Chancen zu verbessern trachteten, indem sie Schleuser bezahlten, schlage Letztere heute oft diejenigen zusammen, die nicht zahlen und auf ihre Dienste zurückgreifen wollen. Ihr Zugriff hat die Lebensverhältnisse in den Durchgangslagern noch verschlechtert und viele zusätzlich entmutigt. Aber jene, die es immer wieder versuchen, brauchen angeblich im Durchschnitt zwischen einem und fünf Monaten, um den Durchschlupf nach England zu finden.

Am 27. Mai wurden die beiden Zeltlager in Calais geräumt, unter dem Vorwand, eine dort grassierende Krätzeepidemie zu bekämpfen. Da die Migranten aber keine sonstige Perspektive hatten, überquerten sie einfach die Straße und ließen sich in der Essenausgabestelle der Initiative „Salam" zum Schlafen nieder.

Rund 300 Personen übernachteten dort. Die neuerliche Räumung am vorigen Mittwoch geht nun allerdings mit dem Versuch einher, die Personen für längere Zeit aus dem Raum Calais zu entfernen – jedenfalls in den Augen der lokalen Öffentlichkeit, der dies vorgespiegelt wird. Zwei Drittel der Festgenommenen wurden nach kurzer Zeit wieder freigelassen, jedoch 210 Personen auf Abschiebezentren in mehreren Teilen Frankreichs verteilt. Niemand wurde jedoch in das Abschiebegefängnis Coquelles gesteckt, das nur sechs Kilometer von Calais entfernt liegt. Stattdessen wurden die Menschen nach Lille, aber auch ins westfranzösische Rennes, nach Rouen sowie in den Raum Paris entsandt und auf mehrere Abschiebzentren verteilt.

Dort blieb aber nur eine kleine Minderheit. Eine kleine Gruppe von Afghanen wurde nach Italien zurückgeschoben, wo sie in die EU eingereist waren und einen Asylantrag gestellt hatten, um sie nicht sofort beim Grenzübertritt abgelehnt zu werden. Die Eritreer in den Abschiebehaftanstalten rund um Paris wurden an diesem Montag Vormittag wieder freigelassen, was die Behörden den Solidaritätsinitiativen bereits am Wochenende angekündigt hatten. Ebenso kamen zehn Afghanen aus Palaiseau in der Nähe von Paris bis zu Montag frei.

Sie werden bald wieder auf den Migrantenrouten unterwegs sein, und aller Wahrscheinlichkeit nach in Kürze auch wieder im Raum Calais auftauchen. Die Räumung und Zwangsverschickung in andere Teile Frankreichs sollte sie davon abschrecken. Aber wer etwa vor dem Terrorregime Eritreas fliehen konnte und zwei Dutzend Länder durchquert hat, wird sich davon kaum abhalten lassen.

Bernard Schmid, Paris ■

niedersächsische Buchholz gekommen sei, wolle der Landkreis ihn nach dem Dublin-III-Abkommen wieder nach Ungarn abschieben, sagte sein Anwalt Dieter Priem am Freitag. Nach dem Abkommen muss ein Flüchtling in dem europäischen Land das Asylverfahren durchlaufen, in dem er zuerst angekommen ist.

Zahlreiche Demonstranten hätten die für vergangene Woche angekündigte Abschiebung verhindern wollen, sagte Priem. Allerdings sei niemand von den Behörden gekommen, um Ashraf O. abzuholen. Weil die Duldung des Flüchtlings ablief, hätten die Unterstützer ein Asyl in der jüdischen Gemeinde in Pinneberg gefunden.

Priem zufolge darf Ashraf O. sein Asylverfahren in Deutschland betreiben, wenn er bereits sechs Monate in Deutschland gelebt hat. Dies sei Anfang August der Fall. In Ungarn aber seien die Lebensbedingungen für Flüchtlinge unzumutbar. In Deutschland hätten Flüchtlinge aus dem Sudan allgemein gute Chancen, ein Aufenthaltsrecht zu bekommen. „Fast alle Asylanträge sudanesischer Flüchtlinge werden hier anerkannt“, sagte Priem.

Quelle: http://www.migazin.de 30.06.2014 ■

EU/Türkei: Systematische Menschenrechtsverletzungen

Verschiedene Nichtregierungsorganisationen dokumentieren erneut zahlreiche Menschenrechtsverletzungen an der EU-Außengrenze zur Türkei, darunter das systematische Zurückdrängen von Geflüchteten an den Grenzen zu Griechenland und Bulgarien. Während beide Staaten ihre Grenzschutzmaßnahmen weiter verstärken, appellieren die Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen an die Europäische Union, gegen die illegalen Zurückdrängungen vorzugehen sowie das andauernde Sterben von Schutzsuchenden in der Ägäis zu stoppen.

Quelle: Migration und Bevölkerung Juni 2014 ■

Berlin: Senat muss Blockadehaltung aufgeben!

Gestern haben Flüchtlinge der Gerhart-Hauptmann-Schule zusammen mit dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg ein Papier unterzeichnet, in dem der Bezirk Zusagen zum Verbleib der Flüchtlinge in der Schule und zur Unterstützung ihrer Forderungen macht. Daraufhin hat der Bezirk den Räumungsauftrag an die Polizei zurückgenommen.

Die Flüchtlinge haben erklärt, dass ihre zentrale Forderung nach einem Bleiberecht weiterhin besteht und in dieser Hinsicht noch keine Lösung gefunden wurde. Sie hatten außerdem erwartet, dass der Senat sich an den Gesprächen beteiligt und verbindliche Zusagen macht.

Martina Mauer, Sprecherin des Flüchtlingsrats: „Es ist enttäuschend und beschämend, dass sich der Senat nicht dazu veranlasst gesehen hat, mit den Flüchtlingen zu sprechen. Wir fordern den Senat auf, sich endlich mit den legitimen Forderungen der Flüchtlinge auseinanderzusetzen und ihnen eine Aufenthaltsperspektive zu bieten.“

Senat und Bezirk haben in den letzten Wochen wiederholt erklärt, dass für die Flüchtlinge aus der Gerhart-Hauptmann-Schule das Einigungspapier zum Oranienplatz gilt. Demnach wäre aus Sicht des Flüchtlingsrats für alle ehemaligen und gegenwärtigen BewohnerInnen der Gerhart-Hauptmann-Schule folgendes sofort umzusetzen:

- ❖ Zuständigkeit des Landes Berlin für alle Verfahren
- ❖ Abschiebeschutz und Duldungserteilung
- ❖ umfassende und wohlwollende Prüfung der Anträge auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis
- ❖ Zugang zu Sozialleistungen einschließlich Unterkunft und Krankenscheinen

Aktuell sind mindestens 20 ehemalige BewohnerInnen der Gerhart-Hauptmann-Schule obdachlos. Sie besitzen zwar einen sogenannten „Schulausweis“, einen Platz in einer Ersatzunterkunft haben sie jedoch nicht erhalten.

Der Flüchtlingsrat warnt eindringlich davor, mit den Flüchtlingen ein falsches Spiel zu treiben und fordert Senat und Bezirk auf, alle gegebenen Zusagen einzuhalten. Die genaue Ausgestaltung des gestern unterzeichneten Papiers muss jetzt in einem gemeinsamen Prozess einvernehmlich geregelt werden.

Wir appellieren an das Bezirksamt seine Zusage einzuhalten, die Flüchtlinge intensiv dabei zu unterstützen, mit dem Senat über eine dauerhafte Bleiberechtsperspektive zu verhandeln. Bezirk und Senat stehen hier in der Pflicht.

Quelle: Pressemitteilung Flüchtlingsrat Berlin 03.07.2014 ■

Niedersachsen: Einführung anonymer Krankenschein

In einer Meldung informiert der Flüchtlingsrat Niedersachsen über einen Artikel vom 26.06. in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung „ zu der geplanten Absicht der rot-grünen Landesregierung einen anonymen Krankenschein einzuführen, der es auch Menschen ohne legalen Aufenthalt ermöglichen soll, Gesundheitsversorgung in Anspruch zu nehmen. „Offensichtlich gibt es auch bei CDU und FDP dagegen keinen Widerspruch. Der anonyme Krankenschein soll zunächst in einem Modellversuch in der Stadt Göttingen erprobt werden (die aber offensichtlich von der Idee überrascht wurde)“, so der Flüchtlingsrat.

In Bremen wurde bereits 2005 jedem Asylbewerber eine Krankenversicherungskarte der AOK zur Verfügung gestellt. Die erbrachten Leistungen rechnet die Kasse dann mit der Sozialbehörde ab, als Vorteil bei diesem Verfahren sieht die Behörde den geringeren Verwaltungsaufwand. Die Regelung gilt auch seit 2012 in Hamburg.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 26.06.2014 ■

Protestdemo gegen Innenministerkonferenz in Bonn

Gegen Rassismus und Ausgrenzung – für internationale Solidarität

Während die Innenministerkonferenz (IMK) in Bonn zwei Tage lang über die Aufnahme syrischer Flüchtlinge, Handy-Klau, Salafisten und gewaltbereite Hooligans diskutierten, waren mehrere hundert Menschen dem Aufruf von „Jugendliche Ohne Grenzen“ (JoG) und dem Bündnis „Innenminister abschieben!“ zu einer mehrstündigen Veranstaltung unter dem Motto „Willkommenskultur ! Bleiberecht für Alle, jetzt sofort“ gefolgt. Über 30 Flüchtlings-, Friedens- und andere politische Initiativen und Gruppen aus verschiedenen Städten hatten diesen Aufruf unterzeichnet. Bei der Auftaktkundgebung auf dem zentralen Münsterplatz wurde die Öffentlichkeit durch Livemusik und mehrere Reden auf die völlig inakzeptable und menschenverachtende Asyl- und Flüchtlingspolitik des Bundes- und der Länderinnenminister aufmerksam gemacht und die Hintergründe dieser Abwehrhaltung dargelegt. Danach zogen die Teilnehmer*innen – laut Parolen rufend – kreuz und quer durch die Bonner Innenstadt, unterbrochen von Aktionen und Zwischenkundgebungen mit Musik und kurzen Redebeiträgen, um der Öffentlichkeit immer wieder zu vermitteln, warum man gegen die Politik der Innenminister auf die Straße geht. Redebeiträge gab es von Flüchtlingen, von JoG, der Bonner Jugendbewegung, vom Flüchtlingsrat NRW, von Ver.di, der Linkspartei Bonn und von AZADÎ. Die live-Musik kam u. a. von Holger Burner, der „Sistahouse Community“ und der „Ohrwurmfabrik“. Der Höhepunkt des vierstündigen Programms fand auf dem Marktplatz statt, wo das Ergebnis einer am Anfang angekündigten und während der Demo durchgeführten Wahl bekanntgegeben wurde. Die Teilnehmer*innen sollten mir ihrer Stimme entscheiden, wer „Abschiebeminister des Jahres 2014“ wird. Die „Erfolge“ der einzelnen Minister waren zuvor verlesen worden. Unter lauten „Buh“-Rufen wurde der Name verlesen: Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Danach gabs noch Musik.

Es war eine insgesamt kraftvolle, friedliche und hochmotivierte Manifestation

für Solidarität und gegen die Inhumanität herrschender Politik.

Azadî ■

Sofort Abschiebungen nach Afghanistan stoppen!

Innenministerkonferenz befasst sich nicht mit veränderter Sicherheitslage in Afghanistan / Junge Afghanen in Bayern wieder akut von Abschiebung bedroht

Flüchtlinge aus Afghanistan sind in Bayern erneut akut von der Abschiebung bedroht. In mehreren Einzelfällen, darunter Hadi Arefi (wir berichteten), setzte der Petitionsausschuss des Bayerischen Landtags die Abschiebung vorläufig aus, um die nächste Innenministerkonferenz (IMK) abzuwarten, die Ende vergangener Woche, am 12./13.6.14, stattfand. Die Innenminister hatten im Dezember 2013 beschlossen, die Sicherheitslage in Afghanistan zu überprüfen. Auf Grundlage der Überprüfungsergebnisse sollten bei dieser IMK mögliche Änderungen der Weisungslage zu den Afghanistanabschiebungen beraten werden. Die IMK hat sich jedoch vergangene Woche nicht mit den Afghanistan-Abschiebungen befasst. Deshalb müssen die jungen afghanischen Männer befürchten, jetzt nach Kabul abgeschoben zu werden.

„Es ist ein unerträglicher Wartezustand, in dem sich die jungen afghanischen Flüchtlinge befinden. Seit mehreren Monaten schwebt das Damoklesschwert der Abschiebung über ihnen, obwohl sie schon seit Jahren in Bayern leben. Nun droht ihnen erneut die Abschiebung, oder die weitere Aussetzung ihrer Abschiebung bis zur nächsten IMK“, kritisiert Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats. „Wir fordern den Petitionsausschuss des Bayerischen Landtags auf, den Petitionen zugunsten der afghanischen Flüchtlinge stattzugeben und ihnen ein Bleiberecht zu erteilen!“

Die Sicherheitslage in Afghanistan hatte sich bereits im vergangenen Jahr deutlich verschlechtert. Nach Angaben der UN war die Zahl der zivilen Opfer Januar bis August 2013 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 23% angestiegen. Zudem gab es nach Angaben des Norwegischen Flüchtlingsrats 124 000 neue intern Vertriebene allein im Jahr 2013. Mit dem weiteren geplanten Truppenabzug ist mit einer rapiden Verschlechterung der Situation für die afghanische Zivilbevölkerung zu rechnen.

Bei einer Abschiebung erwartet Flüchtlinge zudem eine katastrophale Situation. Ein Überleben ohne Familie oder andere soziale Netzwerke ist auch in Kabul nicht möglich. Viele Flüchtlinge haben den sozialen Anschluss längst verloren, oder sind sogar im Ausland, als Flüchtlinge im Iran oder in Pakistan, aufgewachsen.

„Wer aus Deutschland abgeschoben wird, muss mit den zahllosen Flüchtlingen und Vertriebenen in Kabul um die schwindenden Arbeitsmöglichkeiten konkurrieren. In den Slums von Kabul gibt es keine Unterkunft, kein sauberes Trinkwasser und keinen Zugang zu einer Gesundheitsversorgung“, so Alexander Thal. „Ein Überleben ist angesichts der zahlreichen Gefährdungen, denen Rück

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de 17.06.2014 ■

Pro Asyl: Syrische Flüchtlinge Reaktion IMK

PRO ASYL bezeichnet den Beschluss der Innenministerkonferenz zur weiteren Aufnahme syrischer Flüchtlinge in Deutschland als unzureichend und kleinmütig. Den Bundesländern liegen deren Angaben zufolge mehr als 76 000 Anträge für Angehörige von in Deutschland lebenden Syrern vor. Von diesen können im Rahmen des am 23. Dezember 2013 beschlossenen zweiten Bundesprogramms nur 5000 aufgenommen werden. „Der Beschluss der Innenminister bedeutet, dass mehr als 60 000 Angehörige in Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit vor der Toren Europas zurückbleiben werden“, sagte Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL. Die Politik der geschlossenen Grenzen und die Beschränkung der Einreise durch das dritte Bundesprogramm treibe syrische Flüchtlinge in die Boote. Viele Kriegsflüchtlinge werden verzweifelt versuchen, über das Mittelmeer Griechenland oder Italien zu erreichen, um dann zu ihren Verwandten nach Deutschland weiter zu reisen. PRO ASYL fordert eine Aussetzung der Dublin-III-Verordnung. „Syrische Flüchtlinge mit Verwandten in Deutschland müssen hierher kommen können“, sagte Günter Burkhardt. Nach der geltenden Dublin-Verordnung werden sie nach Italien zurückgeschickt, selbst wenn ihre Verwandten in Deutschland leben und bereit wären, sie bei sich aufzunehmen. Bei Ausbruch des Krieges 2011 lebten in Deutschland rund 33 000 syrische Staatsangehörige sowie eine unbekannte Zahl deutscher Staatsbürger syrischer Herkunft – so viele wie in keinem anderen europäischen Land. Diese „Community“ kann Flüchtlingen helfen, sich zu integrieren, Jobs und Wohnungen zu finden. Bei der Forderung nach deutlicher Erhöhung der Ausweitung der Aufnahme verkennt PRO ASYL nicht, dass Deutschland mehr tut als die anderen EU-Staaten. „Die anderen Staaten Europas versagen bei der Syrienaufnahme völlig“, so Günter Burkhardt. Am 26./27. Juni 2014 findet das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EU statt. PRO ASYL appelliert an Bundeskanzlerin Merkel, sich für ein großzügiges Aufnahmeprogramm in Europa einzusetzen. Europa müsse in einer hohen sechsstelligen Größenordnung syrische Flüchtlinge aufnehmen – auch um die Nachbarstaaten Syriens zu unterstützen. Im Libanon leben mehr als eine Million syrischer Flüchtlinge, jeder vierte Einwohner ist ein Flüchtling.

Auch die Bundesländer müssen in eigener Verantwortung mehr tun. Einige Innenminister hatten sich vor der Innenministerkonferenz für eine großzügige Aufnahme von syrischen Flüchtlingen eingesetzt. PRO ASYL appelliert an die einzelnen Länderinnenminister, die Hürden für die Aufnahme im Rahmen ihres laufenden Länderprogramms zu reduzieren. Basierend auf einem Bundestagsbeschluss vom 28. Juni 2013 hatten alle Bundesländer außer Bayern beschlossen, syrischen Flüchtlingen über eigene Länderprogramme die Einreise zu ermöglichen. Die Länderregelungen sehen sehr restriktive Mindestbedingungen für die Einreiseerlaubnis vor. Die geforderte Verpflichtungserklärung und andere Hürden führten dazu, dass allenfalls wohlhabende Familien eine Chance hatten, ihre Verwandten über diese Regelung zu sich zu holen. Bis Ende April waren über die Länderprogramme nur rund 3500 Visa erteilt worden.

Quelle: Presseerklärung PRO ASYL 13.06.2014 ■

Bundesinnenminister Abschiebeminister 2014

Am 12.06.2014 wurde Thomas de Maizière (CDU) im Rahmen einer Demonstration der Jugendlichen Ohne Grenzen (JoG) in Bonn zum Abschiebeminister 2014 gewählt. Den Negativpreis erhält der Bundesinnenminister für die geplante Asylrechtsverschärfung und die öffentliche Stimmungsmache gegen Flüchtlinge aus den Balkanländern.

Mit 40,5 Prozent der Stimmen setzte sich Thomas de Maizière deutlich gegen Innensenator Frank Henkel (CDU) aus Berlin (16,2 %) und die Innensenator Michael Neumann (SPD) aus Hamburg (19,4 %), Joachim Hermann aus Bayern (16,7) %%und Ralf Holzschuher (7,2%) durch. Der Preis wird am Freitag um ca.



Abschiebeminister 2010 und 2014: Herzlichen Glückwunsch!

11 Uhr im Rahmen eines Termins von JoG bei der Innenministerkonferenz übergeben werden.

„Der Bundesinnenminister plant mit einem Gesetzentwurf die Abschiebehaft auszuweiten und die versprochene Bleiberechtsregelung durch Aufenthaltsverbote auszuhebeln“ erklärt Nelli Foumba Soumaoro von JoG, „besonders schlimm finde ich, dass er öffentlich Stimmung gegen Flüchtlinge aus den Balkanländern macht und sie zu pauschal zu Armutszuwanderern erklärt.“

Quelle: Jugend ohne Grenzen 12.06.2014 ■

Regierungpeitscht Gesetzentwurf durch

Heute (03.07.) ab 17:15 Uhr soll der Bundestag die Asylrechtsverschärfung beschließen.

Noch vorgestern stand der Gesetzentwurf zur Bestimmung weiterer „sicherer Herkunftsstaaten“ nicht auf der Tagesordnung des Bundestages. Doch dann fiel der Regierungskoalition offenbar ein, dass die Konzentration der öffentlichen Aufmerksamkeit auf die Fußball-Weltmeisterschaft eine blendende Gelegenheit ist, den Ausschluss von Westbalkan-Flüchtlingen von einem fairen Asylverfahren im Schnellverfahren durchzupeitschen.

Die Regierungskoalition beantragte am Dienstag kurzfristig gegen 16 Uhr eine Sondersitzung des Innenausschusses zur Beratung der beiden Gesetzentwürfe für denselben Tag um 18 Uhr. Nur dies ermöglichte es, die Fristen für die Terminierung des Themas im Bundestag am Donnerstag noch wahren zu können.

Heute ab 17.15 Uhr wird die Bundestagsmehrheit das Gesetz wohl beschließen. Mit diesem Vorgehen soll ein verfassungsrechtlich höchst umstrittener Gesetzentwurf, der von vielen Expertinnen und Experten vor kurzem in einer Anhörung scharf kritisiert wurde, nun im Hauruckverfahren noch vor der Sommerpause beschlossen und dem Bundesrat zugeleitet werden.

PRO ASYL übt scharfe Kritik an dem Gesetzesvorhaben. Minderheiten, wie Homosexuelle und Roma, werden in den Balkanstaaten extrem diskriminiert. Die drei Staaten schützen sie nicht vor Übergriffen und es gibt schwerwiegende Mängel im Justizsystem. Ausgrenzung und Diskriminierung von Roma in den Balkanstaaten haben zudem eine derartige Dimension, dass sie existenz- und lebensgefährdend sein können. Ein aktuelles Gutachten von PRO ASYL zu Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina, zeigt das Ausmaß der menschenrechtlichen Defizite in den Balkanstaaten.

Mit dem Gesetz wird die Tür zum Ausschluss weiterer Gruppen von einem fairen Asylverfahren weit aufgestoßen werden. Wie bei den Westbalkanstaaten könnte bei hohen Asylbewerberzahlen aus anderen Ländern zunächst für niedrige Anerkennungsquoten gesorgt werden, um in der Folge zu erklären, dass das Herkunftsland offenbar sicher sei und eine faire Einzelfallprüfung somit gar nicht mehr nötig ist. Die Liste der sicheren Herkunftsländer würde länger.

PRO ASYL fordert die Parlamentarier und den Bundesrat auf, den Gesetzentwurf zu stoppen. Individuelle Asylverfahren dürfen nicht durch pauschale Einstufungen von Staaten als „sicher“ ersetzt werden.

Quelle: Presseerklärung PRO ASYL 03.07.2014 ■

Spanien verstärkt Grenzschutz

Nachdem Ende Mai zum wiederholten Mal hunderte Menschen die Grenzanlagen nach Melilla überwunden hatten, hat die EU der spanischen Regierung nun 10 Mio. Euro Soforthilfe für die Verfolgung der irregulären Einwanderung in den Exklaven Melilla und Ceuta versprochen. Die Regierung will weitere Sicherheitskräfte in Melilla stationieren und die Grenzbefestigung weiter verstärken (vgl. Ausgabe 3/14). Die spanische Menschenrechtsorganisation Prodein hat Ende April eine Anzeige gegen den Regierungsabgeordneten Spaniens in Melilla und den Chef der Guardia Civil aufgrund der wiederholten völkerrechtswidrigen Zurückweisung von Schutzsuchenden nach Marokko eingereicht.

Wie Videoaufnahmen der Organisation zeigen, haben marokkanische Sicherheitskräfte mehrfach spanische Grenzanlagen betreten, um Geflüchtete festzunehmen und sie zurück auf marokkanisches Gebiet zu bringen.

In Melilla protestierten derweil circa 200 Syrer für ihre Übersiedlung auf das spanische Festland. Obwohl das Auffanglager in Melilla nur für 480 Personen ausgelegt ist, sind dort zurzeit mehr als 1800 Menschen untergebracht.

Quelle: Migration und Bevölkerung Juni 2014 ■

Mailand-Chiasso: no borders train erfolgreich!

Aus Protest gegen das Dublin-System ist heute nachmittag der No Borders Train aus Mailand gestartet. Damit wird dagegen demonstriert, dass Flüchtlinge, die in Italien angekommen sind, dort in größtem Elend festgehalten werden und nicht frei in Europa in ein Land ihrer Wahl reisen können. Mit einer Demonstration gelangte heute am frühen Nachmittag der Demonstrationszug von 200 Flüchtlingen und 100 italienischen AktivistInnen an den Mailand Hauptbahnhof, durchbrach dort die Polizeisperren und konnte im Zug nach Chiasso mitfahren.

Mehrfach hat die Polizei versucht, die Abfahrt in Mailand und dann die gemeinsame Fahrt bis in die Schweiz zu verhindern. Doch die Flüchtlinge und DemonstrantInnen konnten sich durchsetzen. In der Schweiz angekommen, haben sie durchgesetzt, dass die Flüchtlinge nicht in Abschiebehaft kommen oder sofort nach Italien zurückgeschoben werden – die Flüchtlinge konnten direkt Asylanträge in der Schweiz stellen! Aber erst, nachdem sie alle den Bahnhof Chiasso besetzt, die Blockade des Bahnhofs durchbrochen haben und in der Stadt eine Demonstration veranstaltet haben. – In Ancona gelingt es den DemonstrantInnen, die Absperrungen der Schengener Abschiebezone am Hafen zu durchbrechen, ebenfalls im Protest gegen das Dublin-System.

Quelle: Forschungsgesellschaft Flucht & Migration 21.06.2014 ■

„Grundlegender Wandel der Asylpolitik überfällig!“

Ein Jahr nach dem Durststreik am Rindermarkt: Protestaktion hat viele Debatten angestoßen, in den Flüchtlingslagern sind aber bislang kaum Verbesserungen angekommen / Reformen weiterhin dringend nötig

Am Wochenende jährt sich zum ersten Mal der Beginn einer selbstorganisierten Protestaktion von Flüchtlingen in Bayern, die bundesweit enorme Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat: der Hunger- und Durststreik am Münchner Rindermarkt. Seit dem Protest von rund 50 Flüchtlingen vom 22. bis 30. Juni 2013 ist tatsächlich Bewegung in die Debatte über den Umgang mit Flüchtlingen gekommen.

Bei den Flüchtlingen vor Ort in Bayern ist davon allerdings wenig zu spüren, lediglich die Abschaffung der Essenspakete in fünf der sieben Regierungsbezirke führt zu einer leichten Entspannung der Lebenssituation. Ansonsten ist die Situation nahezu unverändert: jahrelange Lagerpflicht, drangvolle Enge und fehlende Privatsphäre in den Flüchtlingslagern, Residenzpflicht, Arbeitsverbote durch die Ausländerbehörden, medizinische Mangelversorgung, Abschiebungen in die Herkunftsländer und innerhalb Europas sind nach wie vor an der Tagesordnung.

Aus diesem Grund gab und gibt es laufend Proteste in Bayern, wie kürzlich in Dingolfing, Amberg, Cham, Landshut und Bayreuth oder aktuell in Würzburg, Regensburg und Nürnberg. Zudem rufen Flüchtlinge zu einer Demonstration anlässlich des Jahrestags der Protestaktion am Rindermarkt für kommenden Samstag, den 21.06.14, um 14 Uhr am Sendlinger-Tor-Platz in München auf.

„Der Hungerstreik der Flüchtlinge vor einem Jahr war die erfolgreichste Protestaktion seit Jahrzehnten. Er hat endlich die Unmenschlichkeit der bundesdeutschen

und speziell der bayerischen Flüchtlingspolitik einer breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt und eine Debatte in Bundes- und Landesregierung entfacht", kommentiert Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats. „Weitreichende Änderungen blieben dennoch aus. Mit der Abschaffung der Essenspakete lassen sich die betroffenen Flüchtlinge offenbar nicht abspeisen, wie die fortgesetzten Proteste zeigen. Die Landesregierung muss endlich spürbare Verbesserungen für die betroffenen Flüchtlinge in den Sammellagern umsetzen, ein grundlegender Wandel in der Asylpolitik ist überfällig!"

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de 18.06.2014 ■

Erfahrungsaustausch auf Konferenz der Flüchlingsfrauen in Frankfurt/M.

Nicht Opfer sein, sondern selbstbewusst für eigene Rechte kämpfen

Vom 20. bis 22. Juni fand in Frankfurt/M. eine Konferenz von Frauen statt, die vor Krieg, Elend oder Armut nach Deutschland flüchten mussten und auch hier Entrechtung erfahren müssen. Rund 90 Flüchtlingsfrauen tauschten sich aus über Fluchtgründe in den Herkunftsländern, über an ihnen ausgeübte Gewalt wie Genitalverstümmelung. Eine Afrikanerin: „Wir wollen nicht als Opfer gesehen werden, sondern uns als selbstbewusste, internationale Bewegung für unsere Rechte einsetzen." Die kurdische Aktivistin Naciye Alpay prangerte deutsch Waffenlieferungen an die Türkei an. „Ob in die Türkei, um Freiheitskämpfe der dortigen Bevölkerung und der Kurden zu unterdrücken oder den Kongo, wo Massenvergewaltigungen stattfinden" – „deutsche Rüstungsindustrielle verdienen überall dort in der Welt mit, wo Kriege geführt werden." Während Frauen nach Deutschland flüchten, plane diese Regierung, erneut „die Asylgesetze zu verschärfen". Weiteres Thema war die Residenzpflicht und die Isolierung in Heimen weit außerhalb von Städten. Die Männer in solchen Lagern seien auch weitgehend rechtlos und griffen zum Alkohol. Frauen seien deshalb von sexuellen Belästigungen bedroht. „Wir wollen Abschiebestopp, Bleiberecht, unser Selbstbestimmungsrecht, Bewegungsfreiheit, keine Vergabe von Gutscheinen statt Geld, keine Unterbringung in Lagern, Ausbildungsmöglichkeiten, Gesundheitsversorgung für uns und unsere Kinder", forderte eine Frau aus Kamerun. Viele Frauen seien aus Angst nicht mehr in der Lage, sich gegen Erniedrigungen zu wehren," berichtete Bintou Bojang aus Gambia. In Dortmund habe sie sich ein Bett mit einer anderen Frau teilen müssen. Als sie sich beschwerte, sei sie von der Betreuerin zurechtgewiesen worden: „Seien Sie doch froh, dass Sie nicht auf der Straße schlafen oder zurück nach Afrika müssen."

Weil ihr Verfolgungsschicksal von den deutschen Behörden nicht ernst genommen wurde, habe sie versucht, sich das Leben zu nehmen. Doch habe man nur die Polizei verständigt und sie in die Psychiatrie gebracht.

Mit einer Demonstration am 20. Juni haben die Frauen der Nigerianerin Christy Schwundeck gedacht, die am 19. Mai 2011 von einem Polizisten im Jobcenter in Frankfurt/. erschossen worden war. Weil sie Hunger hatte, habe sie 10 Euro gefordert, was der Sachbearbeiter jedoch verweigerte. Wie sich später herausstellte, hätte sie ein Anrecht auf das Geld gehabt.

jw v. 23.6.2014/Azadî ■

Gegen Polizeikontrollen und Residenzpflicht

Stellungnahme der Flüchtlingsfrauenkonferenz:

Wir verurteilen die rassistische Polizeikontrolle in Würzburg gegen unsere Schwestern und protestieren gegen die Residenzpflicht

Am Nachmittag des 20.Juni wurde am Würzburger Hauptbahnhof eine Gruppe Frauen Opfer einer rassistischen Personenkontrolle. Sie waren auf dem Weg zur Flüchtlingsfrauenkonferenz der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen in Frankfurt. Die Flüchtlingsfrauenkonferenz verurteilt die offensichtlich rassistische Kontrolle und beschließt, im Falle eines Verfahrens wegen Verstoßes gegen die „Residenzpflicht" die Schwestern in jeglicher Weise zu unterstützen. Außerdem kritisiert sie die Residenzpflichtgesetze als rassistisch und frauenfeindlich.

Die Gruppe von fünf Frauen war in Nürnberg aufgebrochen und auf dem Weg zur Flüchtlingsfrauenkonferenz der Karawane in Frankfurt/Main, die vom 20. bis zum 22. stattfand.

Die Beamten der Bundespolizei ließen bei ihrer Kontrolle keinen Zweifel daran, dass sie die Gruppe einzig aufgrund ihrer Hautfarbe kontrolliert hatten. Einer hellhäutigen Schwester, die in derselben Gruppe reiste, wurde von den Beamten unterstellt, dass sie doch gar nicht dazu gehören könne und sich sicherlich nur ein Ticket mit den anderen teilen würde. Als sie die Papiere der Schwestern kontrollierten und feststellten, dass drei von ihnen sich außerhalb des ihnen zugewiesenen Residenzpflichtbezirkes aufhielten, gaben sie dies als Begründung für die Kontrolle an.

Asylsuchende oder geduldete Flüchtlinge dürfen nach der bayrischem Residenzpflicht-Regelung sogar ihren Landkreis nicht verlassen. Diese drei Frauen sahen sich gezwungen, ihre Reise nach Frankfurt abzubrechen und nach Würzburg zurückzukehren. Die Flüchtlingsfrauenkonferenz fand ohne diese drei Schwestern statt. Dennoch kamen rund achtzig Flüchtlingsfrauen und Migrantinnen nach Frankfurt, viele von ihnen auch unter Inkaufnahme des Kontrollrisikos, durchbrachen ihre Isolation und tauschten sich zwei Tage lang intensiv aus.

Die Flüchtlingsfrauenkonferenz hat heute zum Abschluss – auch aufgrund des geschilderten Vorfalls – beschlossen, die rassistische und isolierende Regelung der Residenzpflicht zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit zu machen. Während der Konferenz haben viele Teilnehmerinnen berichtet, wie schwer es gerade für asylsuchende Frauen ist, ihre Isolation in den Lagern zu brechen und sich zu organisieren. Die absurde Residenzpflicht, die in Bayern noch restriktiver gehandhabt wird als in anderen Bundesländern, macht ihnen diesen Schritt aus der Isolation noch schwerer. Polizeikontrollen an Bahnhöfen sind eine tägliche Erfahrung für Menschen anderer Hautfarbe. Dies obwohl das sogenannte racial profiling ganz offensichtlich eine rassistische Diskriminierung und von daher einen Verstoß gegen die Menschenrechte (Deutsches Institut für Menschenrechte) darstellt. Solange jedoch das Residenzpflichtgesetz besteht, wird zweifellos auch diese Menschenrechtsverletzung an deutschen Bahnhöfen weiter praktiziert werden.

Die Flüchtlingsfrauenkonferenz bleibt weiter in Kontakt mit den drei betroffenen Schwestern. Sollten die Behörden ein Verfahren gegen sie einleiten, werden wir solidarisch hinter ihnen stehen, sie unterstützen und sie weiterhin ermutigen, niemals ein Gesetz zu respektieren, das ihre Würde nicht respektiert.

Frankfurt am Main, 22.Juni 2014
Quelle: http://thevoiceforum.org 26.06.2014 ■



„... gefoltert. geflüchtet. verboten. erschossen." In Gedenken an den kurdischen Jugendlichen am 21.06.2014 in Hannover 20 Jahre nach dem Tod Halim Deners etwa 1500 Menschen mit einer Gedenkdemonstration in Hannover an den kurdischen Jugendlichen und seine Geschichte erinnert

Fachtagung Erinnern und Gedenken

Demokratische Handlungsoptionen in der Migrationsgesellschaft

Freitag, 29. August 2014, im Rathaus der Stadt Dortmund

Erinnern und Gedenken an die Shoa – wie kann das im 21. Jahrhundert funktionieren? *Welche Bedingungen in unseren modernen Gesellschaften haben sich verändert? An welche Grenzen stößt die tradierte Erinnerungskultur in einer Migrationsgesellschaft? Wird das Anderssein des Anderen ungewollt verstärkt und die Kulturalisierung von Menschen mit Migrationshintergrund betrieben, wenn neue Konzepte gefordert werden?*

Im Rahmen der Fachtagung werden pädagogische Konzepte gegen Antisemitismus und Rassismus – auch unter Einbeziehung von Gedenkstätten und Erinnerungsorten – vorgestellt und diskutiert.

Die Veranstaltung findet anlässlich der 40-jährigen Partnerschaft zwischen den Gewerkschaftsorganisationen Histadrut Tel Aviv-Yaffo und DGB NRW statt und richtet sich an MultiplikatorInnen der freien Jugendarbeit, aber auch an alle übrigen Interessierten.

Die Veranstaltung wird von Frau Ministerin Ute Schäfer und Herrn Oberbürgermeister Ullrich Sierau eröffnet.
Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenfrei. Anmelden könnt ihr euch bis zum 20. August 2014 unter:
info@nrwisrael.de
Judith Gövert
Jugendbildungsreferentin
DGB-Region Köln-Bonn

Sprache und Rassismus

Der Sammelband „Sprache – Macht – Rassismus" geht zurück auf die gleichnamige Tagung, die im Mai 2013 an der Hochschule Fulda stattfand. Die in der Publikation dokumentierten Beiträge, u.a. von Paul Mecheril, María do Mar Castro Varela und Mechthild Nagel, werden ergänzt durch eine Vielzahl von Artikeln weiterer Autorinnen und Autoren, sodass etliche Aspekte des Themas aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet werden.

Die in der Einleitung gestellte Frage, ob Sprache ein reines Abbild einer vorgefundenen Realität sei oder ob Sprache nicht auch ihren Gegenstand erschaffe und ihn immer wieder aufs Neue hervorbringe, darf als eine rhetorische verstanden werden. Das Sprechen verstehen die Herausgeberinnen mit Bezug auf John Austin als eine kommunikative Handlung, die verletzend und diskriminierend sein könne. Von Interesse sei daher, wie über Sprache Deutungshoheit erlangt und eine Machtposition aufrechterhalten könne. Wie werden Rassismen sprachlich reproduziert? Welches Wissen wird transportiert? Wer spricht und wer wird gehört? Diesen Fragen will die Veröffentlichung nachgehen.

Dazu wird das Buch in vier Themenschwerpunkte gegliedert.

Im Kapitel Rassismus und Wissen(schaften) führt Susan Arndt in einem erfrischend unakademisch gehaltenen Beitrag in das Thema ein und zeichnet die historische Entwicklung des Rassismus nach.

Julia Reuter und Heike Tenhradt betrachten aus der Perspektive einer postkolonialen Soziologie heraus die Erforschung des „Migrationsanderen" und geben damit Impulse für die kritische Reflektion wissenschaftlicher Ansätze.

Im Schwerpunkt Kolonialismus und Rassismus schreiben Wulf D. Hund und Malte Hinrichsen am Beispiel des europäischen Mohrenbildes über die geschichtliche Gewordenheit von Begriffen. Andere Beiträge, wie der über Reiseführer zu Tansania von Justyna Staszczak, widmen sich scheinbaren Spezialthemen, zeigen daran aber sehr schön Kontinuitäten kolonialer Denkmuster.

Im dritten Kapitel „Rassismus der Eliten" macht Gudrun Hentges deutlich, dass Rassismus und Antisemitismus keineswegs nur ein Phänomen der Ungebildeten oder der Unterschichten sind und verweist dabei insbesondere auf Thilo Sarrazin. Den Erfolg seines Buches „Deutschland schafft sich ab" sieht Christoph Butterwegge darin, dass Sarrazin „seit fast zwei Jahrzehnten geführte Diskurse zugespitzt, gebündelt und miteinander verwoben" habe, die „infolge der globalen Finanz-, Weltwirtschafts- und europäischen Währungs- bzw. ‚Schuldenkrise' noch an Resonanz gewannen".

Im letzten Teil ist für diejenigen, die sich mit der extremen Rechten beschäftigen, insbesondere der Artikel von Gürcan Kökgiran und Kristina Nottbohm zu diskursiven Aneignungs- und Umdeutungsstrategien der „Identitären" von Interesse. Ob diese allerdings tatsächlich allein der „Neuen Rechten" zuzurechnen sind, bleibt genauso wie die Zuordnung des Kapitels zum „Alltagsrassismus" fraglich. Schade auch, dass sich der Beitrag über Diversity Studies von Mechthild Nagel und Seth N. Asumah vornehmlich auf die USA bezieht – gilt doch auch im deutschsprachigen Raum „Diversity" schon lange als ein „Zauberwort" und ein Ansatz, der in vielen gesellschaftlichen Bereichen verfolgt wird.

Nichtsdestotrotz besticht der Band durch seine vielen unterschiedlichen Beiträge, die allesamt konkrete Beispiele aufgreifen. So wird zum einen die Relevanz des Themas verdeutlicht. Zum anderen ist aber auch eine Publikation entstanden, die sowohl Denkanstöße für die Praxis der Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit liefert als auch für die theoretische wissenschaftliche Reflektion. (kg)
Gudrun Hentges; Kristina Nottbohm; Mechtild M. Jansen; Jamila Adamou (Hrsg.): Sprache – Macht – Rassismus, Metropol Verlag, Berlin 2014, 376 Seiten, 22 Euro, ISBN: 978-3-86331-121-6
Aus Newsletter ibs Juli/August 2014 ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die AfD eine Partei im Aufbau?

Junge Freiheit Nr. 24/2014, 6. Juni

Das Blatt befasst sich mit der Frage der niedrigen Ergebnisse der AfD bei den Kommunalwahlen die parallel in achten Bundesländern stattgefunden haben. Dazu wird die Pressesprecherin Frauke Petry zitiert: „Dies zeigt, dass Wähler uns eine besondere europapolitische Kompetenz zugebilligt haben. Wir sind eine junge Partei und da ist es völlig normal, dass wir noch nicht überall Antworten auf alle Fragen vor Ort geben konnten." Es scheint aber auch Ausnahmen zu geben. In den sächsischen Großstädten erreichte die AfD „zwischen 5,5 und 7 Prozent und erlangte Fraktionsstatus." In Brandenburg erreichte die AfD in der „Grenzregion" besonders gute Ergebnisse: „bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt an der Oder kam sie auf 11,6 Prozent." Auch in Potsdam und Cottbus schnitt die AfD gut ab.

Zum CDU-Streit über die AfD kommentiert das Blatt: „Langsam dämmert es auch in der Union. Die AfD ist keine Eintagsfliege. Nachdem sie noch vor CSU und FDP ins Europaparlament eingezogen ist, muss mit den Euro-Kritikern auch bei künftigen Wahlen gerechnet werden. In der CDU wird seitdem lebhaft wie lange nicht mehr diskutiert. Die Frage lautet: Wie halten wir es mit der AfD? … Spätestens nach der Landtagswahl in Sachsen, wo die seit 1990 regierende CDU durch den wahrscheinlichen Verlust ihres Koalitionspartners FDP um die Macht fürchtet, wird die AfD wieder ein Thema sein."

Das Blatt scheint leider Recht zu haben. Die AfD liegt bei den aktuellen Umfragen über die sächsischen Landtagswahlen am 31. August zwischen 6 bis 8 Prozent. Die CDU zwischen 42 bis 45 Prozent. Rot-Rot-Grün hat keine Chance, zumal die SPD noch hinter der LINKEN liegt. Bei den Umfragen zu den Landtagswahlen in Thüringen am 14. September dagegen liegt die AfD bei knapp unter 5%.

AfD-Europaabgeordneter Pretzell wird NRW Landesvorsitzender

Junge Freiheit Nr. 25/2014, 13. Juni

Es ist schon bezeichnend, dass Marcus Pretzell nicht nur ins Europaparlament einziehen konnte, sondern Anfang Juni auch noch Landesvorsitzender der AfD in NRW wurde. Pretzell hatte im März dieses Jahres in Köln eine Veranstaltung mit dem britischen Rechtspopulisten Nigel Farage von der United Kingdom Independent Partei (UKIP) durchgeführt. Damals gingen die AfD-Spitzen Lucke und Henckel auf Distanz.

In der Jugend Freiheit spricht Pretzell davon, dass NRW ein schwieriges Pflaster sei und seine Partei zu den Landtagswahlen im Mai 2017 antreten wolle. Nach der Vorgeschichte ist zu vermuten, dass Pretzell auch rechtsextreme Kräfte in die AfD einbeziehen will. Dafür gibt es auch erste Anhaltspunkte in den Kommunalparlamenten. In Duisburg und Gelsenkirchen ist die AfD Listenverbinden mit proNRW eingegangen. Damit hatte so schnell niemand gerechnet.

„Ritterschlag in Brüssel"

Junge Freiheit Nr. 26/2014, 20. Juni

Unter dieser Überschrift vermeldet das Blatt in einem großen Artikel und einem Kommentar:

„Mit 29 zu 26 Stimmen hatten die Abgeordneten der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (ECR) dafür gestimmt, die AfD aufzunehmen. Der Entscheidung war ein tagelanger Machtkampf hinter den Kulissen vorausgegangen. Im Zentrum standen dabei die britischen Konservativen von Premierminister David Cameron. Dieser war von der Bundeskanzlerin Merkel gedrängt worden, die AfD nicht durch eine Aufnahme in die ECR-Fraktion, der neben den Tories unter anderem die polnische PiS angehört, aufgewertet … Dass die ECR-Abgeordneten, anders als sonst üblich, geheim über die AfD abstimmten, brachte schließlich den Durchbruch … „Das ist auch ein gutes Zeichen für die anstehenden Landtagwahlen", sagte AfD-Parteivize Hans-Olaf Henkel."

Der Chefredakteur der Jungen Freiheit, Dieter Stein, frohlockt: „Die AfD hat frühzeitig eine wichtige strategische Entscheidung getroffen, als sie sich für die Option entschied, die vor allem Rückwirkungen auf die deutsche Innenpolitik hat. Die Aufnahme durch die ECR ist ein Ritterschlag für die junge Partei, und es wird die CDU künftig noch schwer fallen, die AfD in die rechtsradikale Ecke zu drängen. Denn dort möchte das Konrad-Adenauer-Haus die Neulinge am liebsten sehen, um sie politisch zu erledigen.

Wäre die AfD den Sirenenklängen derer erlegen, die für ein Bündnis mit den aus unterschiedlichen Gründen bei den Deutschen umstrittenen Formation Front National, FPÖ oder der Partei von Geert Wilders plädierten, hätte Lucke den Beifall für die CDU-Strategen auf den Elfmeterpunkt gelegt. So aber kann die AfD gestärkt eine durch ihren jahrelangen Linkstrend in die Defensive geratene Union und eine marginalisierten FDP vor sich hertreiben."

„Konservativer Aufbruch" in der CSU

Junge Freiheit Nr. 27/2014, 27. Juni

Das Blatt berichtet über eine Gruppe „Konservativer Aufbruch" in der CSU, die den Kurs von CDU und CSU kritisiert, sich gegenüber Großstadtproblemen zu öffnen. Die Junge Freiheit zitiert deren Sprecher David Bendels: „Er gesteht ein, dass das Aufkommen der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Entscheidung, eine kritische Basisbewegung ins Leben zu rufen, auch eine Rolle gespielt habe. ‚Der Erfolg der AfD war ein Warnsignal, aber nicht der konkrete Auslöser für unsere Initiative.' Anders als die Parteispitze haben die konservativen Rebellen keine Berührungsängste. ‚Wir sehen die AfD klar als politischen Konkurrenten, aber auch als möglichen Partner. Genauso wie etwa die FDP', sagte Bendels."

Jöd ■